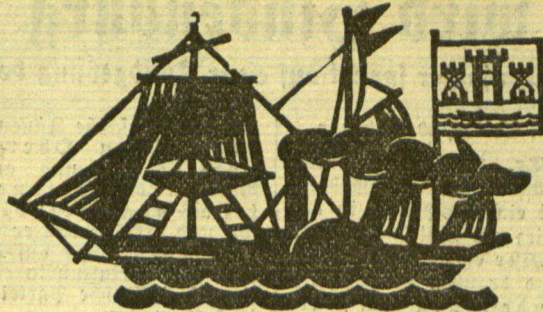


Ercheint täglich nachmittags 5 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen...
Monatlicher Bezugspreis: für Abholer 4.50 Litās, mit Zustellung 5.—
Litās. Bei den Postanstalten: im Memelgebiet und in Litauen 5.30 Litās
monatlich, 15.30 Litās vierteljährlich. In Deutschland 2.45 Mark, mit Zu-
stellung 2.81 Mark monatlich. Für durch Streich, nicht geleistete Fei-
ertage, Verbote usw. angefallene Nummern kann eine Kürzung des Bezugspreises
nicht eintreten. Für Aufbewahrung und Rücksendung unterliegt eingehender
Mauskripte wird keine Verantwortung übernommen. Sprechstunden der
Schriftleitung: vormittags 11 bis 12 Uhr außer Montag und Sonnabend.
Die Geschäftsstelle ist geöffnet: an Wochentagen von 1/8 Uhr morgens bis
1/7 Uhr abends. Fernsprechnummern: 26 und 28 (Geschäftsstelle und Schrift-
leitung) Nr. 480 (Geschäftsstelle und Druckereifontor)
Drahtanschrift: Dampfbootverlag



Anzeigen kosten für den Raum der 1. Spalte im Memelgebiet und in
Litauen 20 Cent, in Deutschland 10 Pfennig; Reklamen im Memelgebiet und in
Litauen 1.20 Litās, in Deutschland 60 Pfennig. Bei Erfüllung von Platzverordnungen
50% Zuschlag. Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze kann nicht
übernommen werden. Jede Berechnung in litauischer Währung basiert auf dem
Kurs von Litās 10 = 1 U. S. A. Dollar; etwaige Kursdifferenzen gehen zu Lasten
der Auftraggeber. Gewährter Rabatt kann im Kontrakt, bei Einziehung des
Rechnungsbetrages auf gerichtlichen Wege und außerdem dann zurückgezogen
werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung
erfolgt. Erfüllungsort ist Memel. Anzeigenannahme: für kleine An-
zeigen bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, für alle Geschäfts-
anzeigen mindestens 24 Stunden früher. Die Aufnahme von Anzeigen an
bestimmten Tagen wird nicht gewährleistet. Anzeigenannahme durch Fern-
sprecher ohne Gewähr für die Richtigkeit. Beleg-Nummern kosten 30 Cent

Memeler Dampfboot

Führende Tageszeitung des Memelgebiets und des übrigen Litauens

Nummer 51

Memel, Dienstag, den 1. März 1932

84. Jahrgang

Eine Rede des Außenministers Dr. Zaunius

Noch im Laufe dieses Jahres

sollen „alle Streitpunkte hinsichtlich des Memelgebiets geregelt werden“

ss. Kaunas, 28. Februar.

Auf Veranlassung der Kauener Ortsgruppe des
Verbandes der Litauinistai hielt gestern der
Außenminister Dr. Zaunius im Staatstheater
einen mehr als einstündigen Vortrag über die
Memelfrage. Das Staatstheater war gut besetzt.
U. a. bemerkte man den Ministerpräsidenten Tu-
belis und Frau, Mitglieder der Regierung, höhere
Beamte und Offiziere.

Zunächst berichtete Dr. Zaunius über die be-
kannten Vorgänge im Zusammenhang mit der
Reise Böttchers nach Berlin, um dann das
Verfahren bei der Behandlung der Memelfrage
im Rat zu erläutern. Die Bemühungen der deut-
schen Delegation, aus dem Völkerbundrat für Li-
tauen einen Schiedsrichter, Staatsanwalt oder gar
einen Richter zu machen, hätten fehlgeschlagen müssen,
ebgleich diesmal Deutschland selbst die Beschwerde
unterzeichnet und vorgebracht habe. Der ange-

hundert nicht, mit den Mehrheitsparteien zu unter-
handeln. Die deutsche Presse behauptet in scharfen
Worten, daß eine Landtagsauflösung statutenwidrig
sei. Dafür haben sich aber auch die Signatarmächte
interessiert. Ich habe ihnen das gleich gesagt, was
ich im Völkerbundrat erwähnt habe.

Der Minister trat dann noch in eine Polemik
gegen die bekannte Forderung von Bülow in
Genf ein, daß das Memelgebiet zu 75 Prozent
deutsch sei. Er erwähnte die preussische Statistik,
die vor 20 Jahren noch 60 Prozent Litauer im
Memelgebiet verzeichnete, weiter die Wahlergeb-

nisse zu den preussischen Landtagen u. a. m., was
nach seiner Ansicht unzweideutig den litauischen
Charakter des Memelgebietes beweise. Wenn
Herr Brüning auf die 700jährige deutsche Geschichte
und den deutschen Charakter des Memelgebietes
eingeht, so möchte ich ebenfalls in die Geschichte zu-
rückgehen.

Nach Erläuterung der bekannten Vineta-Sage
von der versunkenen Stadt, die er nach Holland
verlegt, fuhr der Minister fort: Auch wenn wir
Sonntags morgens auf die weite Flur hinaus-
gehen, dann hören wir von drüben Glockenklänge
von Stallupönen, Pillupönen, Vidupönen, Eyd-
fuhnen, Piltollen. (Unterbrechung der Aufzählung
durch schallenden Beifall.) Wir streben nach guten
Beziehungen zu Deutschland auf der Basis ver-
schiedener Verträge, aber was die Erwähnung der
Vergangenheit betrifft, so kann uns jeder andere,
aber nicht Deutschland an die Vergangenheit er-
innern.

Präsident Simmat verhandelt

mit den Fraktionsführern der Mehrheitsparteien

* Memel, 29. Februar.

Wie wir in unserer letzten Ausgabe berichteten,
hat der Gouverneur Minister Meyhs am Sonn-
abend ohne vorherige Zustimmung mit der
Landtagsmehrheit den Rektor der Litauischen
Hochschule, Eduard Simmat, zum Präsidenten
des Direktoriums des Memelgebiets ernannt.

Herr Simmat wandte sich an den Fischereiwirt
Luttikus-Sitnietell, der bekanntlich Abgeord-
neter der Memelländischen Volkspartei ist, und an
den Besitzer Waschkies-Blauden, welcher der
Landwirtschaftspartei angehört, mit der Aufforde-
rung, in das von ihm zu bildende Direktorium ein-
zutreten. Am Sonnabend nachmittag fand zwischen
Herrn Simmat und den Herren Luttikus und Wasch-
kies eine Unterredung statt. Herr Simmat machte

zur Bedingung, daß dem Direktorium noch ein
viertes Mitglied angehöre, und zwar brachte er
Landesrat Polikus in Vorschlag. Die Herren Lutt-
ikus und Waschkies lehnten es ab, Mitglieder eines
solchen Direktoriums zu werden. Sie machten vor
allen Dingen Herrn Simmat darauf aufmerksam,
daß Verhandlungen am zweckmäßigsten mit den
Führern der Fraktionen der Volks- und der Land-
wirtschaftspartei geführt werden könnten.

Sonnabend abend hat sich Herr Simmat an die
Mehrheitsparteien gewandt und zum Ausdruck ge-
bracht, daß er Verhandlungen mit den Führern der
Fraktionen aufnehmen möchte. Wie wir erfahren,
hat heute mittag etwa um 11 1/2 Uhr eine Unter-
redung zwischen Herrn Simmat und Führern der
Mehrheitsparteien begonnen, die bei Reaktions-
schluß (1 1/2 Uhr) noch andauerte.

Großkampf um Schapei

Mehrstündige Artillerievorbereitung, Fliegerangriffe, stürmende Infanterie
Standhafte chinesische Verteidiger

wth. Schanghai, 29. Februar. („Reuter“)
Geste vormittag haben die Japaner einen Durch-
bruchversuch an der Schapei-Front begonnen.
Nach mehrstündiger Artillerievorbere-
itung setzte sich um 9.30 Uhr (Ortszeit) die ja-
panische Infanterie, unterstützt von dem Schnei-
sen der Artillerie und den Bombenab-
würfen der Flugzeuge, in Bewegung.

Während die internationale Niederlassung, die
in kraftlosem Sonnenschein liegt, äußerlich ein
verhältnismäßig ruhiges Bild darbot, ist die Luft
erfüllt von dem Knattern der Maschinengewehre
und dem Donner der Geschütze.

Trotz der heftigen Kanonade und der ständigen
Abwürfe von Fliegerbomben halten die chinesi-
schen Truppen tapfer stand und antworten
mit Grabenmörsern und Maschinengewehren. Ge-
genwärtig tobt die Schlacht in voller Stärke.

Die Toten von Kiangwan

wth. Schanghai, 29. Februar.

Der gestrige Tag war gekennzeichnet durch die
völlige Räumung Kiangwans seitens der Chinesen.

In den Straßen Kiangwans wurden 1600 tote
Zivilisten gezählt, während die Ruinen des einst-
maligen Städtchens zweifellos noch Hunderte von
Toten bergen. Der Leichengeruch machte es den
Chinesen unmöglich, den Ort zu halten, da die
dauernden Angriffe der japanischen Artillerie und
der japanischen Flugzeuge eine Beerdigung der
Toten verhinderte. Die chinesischen Truppen haben
nunmehr eine Linie von Schützengräben unmittel-
bar westlich Kiangwan eingenommen. An dieser
neuen Front kam es gestern nachmittag bereits
zu Kämpfen, doch behaupteten die Chinesen ihre
neuen Stellungen.

Am Sonntag vormittag zerstörten ferner drei
japanische Bombenflugzeuge den ganzen Flugplatz
von Sangtschau. Der dem Marschall Tschiang-
kaischek gehörende Privatflugplatz soll gleichfalls
völlig zerstört worden sein.

Vermittlungsversuch des britischen Admirals

wth. Tokio, 29. Februar. Wie „Reuter“ aus zu-
verlässiger Quelle erfährt, hat der britische Admiral
Kelly an Bord seines Schlachtschiffes Bespredun-
gen zwischen den japanischen Admiralen Nomura
und Matsuoaka einerseits und Wellington Koo
und dem Generalstabchef der 19. chinesischen Armee
andererseits, bei denen er selbst anwesend war, ver-
mittelt, um über die Möglichkeit einer friedlichen
Lösung zu beraten.

Völkerbundskommission in Tokio

angefkommen

wth. Tokio, 29. Februar (9 Uhr vormittags).
Die Untersuchungskommission des Völkerbundes
für die mandchurische Frage ist heute früh hier ein-
getroffen.

China-Krieg und Japans Finanzen

wth. Washington, 29. Februar. Der amerika-
nische Handelsattaché in Tokio berichtet, es sei zu
erwarten, daß der China-Feldzug die bereits ge-
spannte Finanzlage Japans noch bedeutend schwie-
riger gestalten werde, jedenfalls seien innere An-
strengungen notwendig.

Japan-Boykott kommt nicht in Frage

wth. Washington, 29. Februar. Gestern abend
wurde bekanntgegeben, daß die Regierung der Ver-
einigten Staaten den Plan eines Boykotts gegen
Japan energisch zurückweist.

wth. Granada, 29. Februar. Bei einer in der
hiesigen Arena abgehaltenen, von 12000 Personen
besuchten Versammlung der nationalen Aktion kam
es zu Zusammenstößen mit politischen Gegnern.
Polizei ließ die Arenen räumen und mußte auch
nach Auflösung der Versammlung eingreifen, um
die Gegner zu trennen. Fünf Personen wurden
schwer verletzt.

Nach erfolgter Aussprache

Von unserem Berliner Mitarbeiter
Richard Bahr

Berlin, 28. Februar.

Die viertägige politische Aussprache im Reichs-
tag endete am Freitag, wie nicht anders zu er-
warten war, mit der Ablehnung des allgemeinen
Misstrauensvotums gegen die Regierung. Damit
waren natürlich auch die Bemühungen gescheitert,
einzelne Minister aus dem Kabinett herauszu-
schießen und es so zu zertrümmern. Rein zahlen-
mäßig entpricht das heutige Ergebnis dem der
entscheidenden Abstimmungen im letzten Oktober.
Mit rund 25 Stimmen Mehrheit ist die Regierung
als Sieger aus dem Kampf hervorgegangen.
Wieder hat die Wirtschaftspartei den Aus-
schlag gegeben, deren Verfisherung, sie habe sich
beileibe kein Scherlein in die Hand drücken lassen,
also nur die Forderung zuläßt, daß die Absicht der
Regierung, die Biersteuer zu senken, einem frei-
willigen Entschluß entspringt.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat, so-
weit ihre Mitglieder bei der Abstimmung anwesend
waren, geschlossen gegen die Regierung votiert.
Aber auch das höchst zweifelhafte Mittel des
härtesten Gewissenszwanges, das angeordnet
wurde, um dieses Ziel zu erreichen, hat nicht ver-
hindern können, daß drei Abgeordnete, nämlich die
Herren Curtius, v. Karborff und Glavel, sich
der Sitzung fernhielten. Curtius und Karborff
sollen bereits aus den Reihen der Fraktion ge-
strichen sein. Ueber Glavel, dessen Fall noch nicht
völlig geklärt ist, wird das Oberverwaltungsgericht erst ab-
geurteilt werden. Die übrigen sieben Volkspar-
teiler, die fehlten, waren teils wegen Krankheit,
teils wegen Reisen beurlaubt. Wie noch während
der Sitzung bekannt wurde, ist Herr Dr. Cur-
tius bereits von seinem Kammerherrn das
Vertrauen ausgesprochen worden und er hat
daraufhin erklärt, daß er aus freien Stücken
sein Mandat nicht niederzulegen ge-
denke. Diese Vorgänge zeigen, daß die Volkspar-
teier sich in einem kritischen Zustand be-
findet, der sich doppelt gefährlich in der Nähe der
Freiheitswahlen ausnimmt. Die Partei hatte
ihren Übergang zur Opposition damit begründet,
daß der Kanzler ihrer Forderung nach Bildung
einer breiten nationalen Front für die bevor-
stehenden außenpolitischen Entscheidungen nicht
Rechnung getragen habe. Aber trifft wirklich
einzig und allein den Kanzler die Schuld dafür,
daß er sich immer wieder genötigt sah, die Hilfe der
Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen, von
deren Einfluß er sich ursprünglich befreien wollte?
Die hinter uns liegende Debatte hat — und sie war
insofern trotz allen unliebsamen Begleiterscheinun-
gen ausschlagreich und von einem gewissen Nutzen
— doch wohl bei jedem objektiven Beobachter der
Dinge die stärksten Zweifel erwecken müssen, ob die
Rechtsopposition, noch dazu in einer Zeit, da es um
die nackte Existenz des Staates geht, auch nur
einigermaßen imstande wäre, sich als Regierung zu
behaupten. Im Reichstag jedenfalls ist es ihr nicht
gelungen, den kleinen Befähigungsnachweis zu er-
bringen und das, was sie dem vielverlästerten Ka-
binett Brüning an positivem Gehalt entgegenzu-
setzen hatte, war so gut wie nichts. Am schmerz-
lichsten offenbarte sich der Mangel an
schöpferischen Gedanken, an einem irgend-
wie gearteten Programm, das über fraktionelle
Lebensarten hinausreichte, bei den National-
sozialisten. Da schickte man, um nur ein Bei-
spiel herauszugreifen, den Herrn Reinhardt
vor. Woher nimmt dieser forsche junge Mann die
„Aktivlegitimation“, die Herr Goebbels dem
Kanzler bestreitet, um sich anmaßend als Finanz-
und Wirtschaftssachverständiger aufzutun? In
Wahrheit verriet er eine schlechthin niederschäm-
ternde Unkenntnis der elementarsten Dinge. Der
Reichsfinanzminister schlug mit einigen wohlge-
zielten Sätzen den ungleichen Gegner geistig kno-
ck-out. Mit dem Erfolg freilich, daß ihm von dem
Unbelehrbaren zugerufen wurde: Wenn Sie nicht
gewesen wären, wäre der Banksturz am 13. Juli
nicht erfolgt.“ Und derlei Offenbarungen find-
licher Einfalt waren keineswegs vereinzelt. Sie
stärkten den Eindruck, daß die Nationalsozialisten
noch sehr, sehr viel lernen müssen, ehe man ihnen
die Regierungsbefugnisse zuerkennen kann. Das Ein-
greifen Dietrichs in die Debatte war aber auch
unbilden ein Plus für das Kabinett, als er den
Kritikern seiner Finanzgebarung wirksam vor
Augen führte, welche heroischen Anstrengungen
unternommen wurden, um das Budget auf das
Notwendigste zu beschränken. Der Minister deutete
in diesem Zusammenhang an (was ja auch von uns
schon mehrfach geäußert ist), daß die Regierung das
Problem der Arbeitslosigkeit nach Ueberwindung
dieses Krisenwinters mit verdoppelter Energie an-
zupacken gedente. Eine empfindliche Schlappe
wurde den Nationalsozialisten auch noch durch das
Zentrum zugefügt, dessen Redner Böhr ihnen den
Verrat an Südtirol mit einer Eindringlich-
keit zu Gemüte führte, daß selbst die lautesten
Schreier schamhaft verstummten.

Es kann, wenn man die Bilanz der parlamen-
tarischen Auseinandersetzungen zieht, nicht an
einem Symptom vorübergegangen werden, das zu

schweren Bedenken Anlaß gibt. Das ist die völli-
ge Ausschaltung der Kommunisten, um die sich eigentlich niemand kümmerte und die
nur einmal die Aufmerksamkeit auf sich lenkten,
als sie, um ihrer Presse Stoff zu holdlichen Be-
trachtungen zu geben, im Genuß der Internatio-
nale anstimmten. Der Kampf der Regierung
richtete sich ausschließlich gegen rechts und weder
der Kanzler noch ein anderer bürgerlicher Redner
aus dem einen wie dem andern Lager hat sich mit
den Kommunisten beschäftigt. Die aber legten sich,
zweifellos bewußt, die größte Zurückhaltung
auf und das entsprach der Taktik, die sie seit
einer Zeit systematisch verfolgten. Man hat
dabei das unheimliche Gefühl, daß sie
sprungbereit im Hintergrund lauern, um, wenn
der Verlesungsprozess der "Bourgeoisie" auf
dem Höhepunkt angelangt ist, sich ihren Beuteanteil
zu holen. Wahrscheinlich von denen zu holen, die
zurzeit ihre grimmigsten Gegner sind und von
denen dennoch mancher bereits den Weg Scher-
ingers gegangen ist. Auch der Staatspartei-
Weber hätte sich sagen müssen, daß seine These,
die Nationalsozialisten seien im politischen Norden
vorangegangen, in solcher Einseitigkeit un-
haltbar ist. Zunächst: um dieses trübe Kapitel
historisch darzustellen, müßte man Bände füllen.
Vor allem aber: wenn der kommunistische Terror
dabei gänzlich unberücksichtigt bleibt, entsteht not-
wendig ein völlig schiefes Bild. Denn das eine
darf doch nicht vergessen werden, daß die national-
sozialistische Bewegung in ihrer ursprünglichen
Form als die, wie man doch wohl zugeben muß,
natürliche Reaktion auf den Bolschewismus ent-
standen ist. Keine bürgerliche Partei, möchten wir
meinen, hat eigentlich ein Interesse daran, diesen
Zustand zu verschleiern.

Die lärmvolle Unruhe, die diesen kurzen Sa-
gungsabschnitt in allen seinen Phasen beherrschte,
hielt bis zur letzten Stunde an. Selbst bei der Er-
ledigung der unzähligen Anträge, über die ent-
schieden werden mußte, rissen die Unterbrechungen
und Zwischenfälle nicht ab. Nur einmal er-
lebte man das demütigende Schauspiel einer Ein-
heitsfront von Fried bis Thälmann: als sich das
Haus wie ein Mann erhob, um den 18. März als den
Tag der Präsidentenwahl zu bestimmen. Das schallende Gelächter, das dieser Vor-
gang auslöste, enthielt ein Stück bitterer Selbst-
kritik. Die Nationalsozialisten, die während den
Sitzungen, als ihre Agitationsanträge abge-
lehnt wurden, verhalten durch diesen Anmarsch den
Sozialdemokraten und Kommunisten, die sich sofort
Erdrersch zusammenfanden, zu dem Erfolg, daß die
Sperrung der Polizeistützpunkte für Braunschweig
und die sofortige Aufhebung des Groener-Erlasses
beschlossen wurde. Praktisch dürfte diesem Inter-
mezzo freilich kaum besondere Bedeutung zukom-
men: der Reichsrat wird Einspruch erheben und
die dann zur Wiederherstellung der Reichstagsbe-
schlüsse erforderliche Zweidrittelmehrheit ist natür-
lich nicht vorhanden. Es ging auf die zehnte Abend-
stunde zu, als das mühselige und langweilige Ab-
stimmungsgeplänkel — allein 100 Sozialanträge
wanderten an den Ausschuss — erledigt war und
man sich ermüdet und abgekämpft auf unbestimmte
Zeit trennte. Jedenfalls wird das Parlament
erst wieder zusammenzutreten, wenn
dem Reich ein neues Oberhaupt ge-
wählt ist, das, wie wir zuversichtlich hoffen, das
alte sein wird: Hindenburg, dessen über-
ragende Gestalt unsichtbar im Mittelpunkt dieses
Vierstageskampfes stand.

Kein Anlaß, den Groener-Erlaß zu ändern

vdz. Berlin, 28. Februar.

Die am Freitag abend im Reichstag erfolgten
Abstimmungen sind naturgemäß in politischen
Kreisen lebhaft erörtert worden. Dabei spielte be-
sonders die Frage eine Rolle, welche Auswirkungen
die Abstimmungen über die kommunistischen An-
träge auf Aufhebung des Erlasses des Reichswehr-
ministers, der den Nationalsozialisten den Zutritt
zur Reichswehr eröffnet und auf Einstellung der
Zahlung von Polizeistützpunkten an Braunschweig
haben werden. Formell laufen die Dinge so,
daß Präsident Loh die erfolgten Reichstags-
beschlüsse nunmehr der Regierung zuleitet, die dann
Stellung dazu nehmen muß. Bisher hat sich des-
halb auch die Regierung mit den Beschlüssen nicht
befaßt. Immerhin wird aus Kreisen der Regierung
erklärt, daß es sich ähnlich wie bei der Panzer-
kreuzerabstimmung im vorigen Jahr bei den vor-
genommenen Anträgen ihrer ganzen Formulierung
nach nur um Entschärfungen handelt, die einen
Wunsch des Reichstages vorstellten, der aber
keine Verpflichtung in sich schließt, daß diesem
Wunsche nachgegeben wird. Aus dem Reichs-
wehrministerium wird erklärt, daß für das Reichs-
wehrministerium zurzeit kein Anlaß bestehe,
an dem Reichswehrerlaß etwas zu ändern.

Auch der mit großer Mehrheit gefaßte Reichs-
tagsbeschuß auf Streichung der Polizeistütz-
punkte für Braunschweig wird zurzeit kaum
Konsequenzen haben. Schon bei der zeitweisen
Einbehaltung der Polizeistützpunkte für Thüringen
hat sich gezeigt, daß die Reichstagslage auf
diesem Gebiete sehr schwierig ist. Ebenso-
wenig ist damit zu rechnen, daß die Reichs-
regierung der gleichfalls angenommenen Ent-
schärfung nachkommen wird, monach die Unter-
sollerrhöhung wieder rückgängig gemacht
werden soll.

Empfang Herbart Hauptmanns im New Yorker Rathaus

wtb. New York, 27. Februar. Herbart Haupt-
mann wurde gestern von Bürgermeister Walker
im Rathaus empfangen. Der Präsident der
Columbia-Universität, erklärte bei der Vor-
stellung, daß Hauptmann nicht nur Deutschland,
sondern der ganzen Welt achte. In diesem Zu-
sammenhange ging er auf das große Interesse ein,
das in New York der deutschen Literatur und Philo-
sophie entgegenbringe. Herbart Hauptmann sprach
Worte herzlichen Dankes für den Empfang, der
ihm in New York zuteil geworden sei.

wtb. New York, 29. Februar. Herbart Haupt-
mann wurde gestern zum korrespondierenden Mit-
glied der amerikanischen Akademie der Künste und
Wissenschaften ernannt. Er ist der erste Deutsche,
dem diese Ehre zuteil wird.

Gold und Silber

wtb. Washington, 27. Februar. (Neuer.) Der
Unterausschuß des Repräsentantenhauses hat sich
mit dem Silberproblem befaßt und haben ein Me-
morandum veröffentlicht, in dem erklärt wird, daß
die Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses
zwischen den beiden Wertmetallen, Gold und
Silber, notwendig sei.

„Dann wird Hindenburg siegen“

Der Reichsfinanzminister spricht auf einer Kundgebung der Staatspartei

wtb. Berlin, 29. Februar.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hielt
gestern mittag auf einer öffentlichen Kundgebung
der Deutschen Staatspartei eine Ansprache, in der
er betonte, daß der 18. März ein Schicksalstag für
das deutsche Volk werde. „Der ehrwürdige Charak-
tervolle, in Deutschland und draußen hochgeachtete
Reichspräsident von Hindenburg soll“, er-
klärte der Minister, „beseitigt werden, weil er
seinen Eid gehalten, die Verfassung geschützt hat
und man ihm deshalb vorwirft, er habe das System
vom 9. November verteidigt.“ Der Minister wies
in eindringlichen Ausführungen darauf hin, daß
die heutigen Schwierigkeiten nicht in dem System
begründet seien, sondern auf der Last der ver-
lorenen Kriege beruhen, dessen Auswirkungen in
der ganzen Welt noch unübersehbar sind. „Der
Ruf nach dem Systemwechsel“, so führte Dietrich
weiter aus, „kann höchstens bedeuten Inflation,
Arbeitszwang, Kampf gegen fremde Mächte um
Dinge, die, wie die Reparationen, auf dem Wege
der Erledigung sind. Wehe dem Volk, das dem
Aberglauben erliegt, daß es nur auf die Regierung
ankomme, und das vergißt, daß nur ein tüchtiges
Volk mit dem Willen, vorwärts zu kommen, be-
stehen kann.“

Der Finanzminister schloß mit den Worten:
„Hindenburg ist das Symbol der deutschen Einheit.
Als das deutsche Schiff 1918 unterzugehen drohte,
blieb er auf der Kommandobrücke, die er
auch jetzt nicht verlassen soll und will. Es ist jetzt
Gefahr im Verzuge für unser Volk und Vaterland;
deshalb müssen wir über alle Gegensätze hinweg die
Gefahren erkennen und den Aberglauben an die
Allmacht des Staates verwerfen. Das deutsche
Volk muß sich wieder auf sich selbst und auf die
Kräfte besinnen, die ihm zur Verfügung stehen.
In dieser Auffassung muß die Wahl am 18. März
verstanden werden. Dann werden die National-
sozialisten geschlagen werden und Hindenburg wird
siegeln.“

Deutscher Frauenausschuß für Hindenburg

wtb. Berlin, 28. Februar. Laut Mitteilung des
Hindenburgausschusses hat sich in Berlin ein deut-
scher Frauenausschuß gebildet, der mit einem Auf-
ruf an die Öffentlichkeit tritt, in dem die deu-
tschen Frauen aufgefordert werden, bei der
Reichspräsidentenwahl am 18. März Hinde-
burg ihre Stimme zu geben. Die dem Auf-
ruf haben sich Frauen auch im ganzen Reich ange-
schlossen.

„Wir stürzen Euch auf alle Fälle“

Wahlrede Hitlers und Goebbels im Sportpalast
wtb. Berlin, 28. Februar.

In der überfüllten Sportpalastkondgebung der
NSDAP am Sonnabend — die Polizei riegelte be-
reits um 7 Uhr abends die Potsdamer Straße vor
dem Sportpalast ab und sperrte die Eingänge —
sprach als erster Redner Goebbels. Er führte aus,
daß seine Partei jetzt die Gelegenheit für gekommen
halte, um dem System den letzten Stoß zu versetzen.
Wenn auch Brüning in der Reichstagsabstim-
mung noch eine numerische Mehrheit hätte, so hat
sie sich doch innerhalb des Volkes eine gewaltige Struk-
turveränderung vollzogen. Goebbels gab ferner ein
Bild von den ungeheuren Agitationsmaßnahmen,
mit denen die NSDAP in den kommenden Wahl-
kampf eintreten werde. Zum Schluß erklärte er,
am 18. März werde keine Entscheidung über den Ge-
neralfeldmarschall von Hindenburg, sondern über die
letzten sieben Jahre seiner Präsidentschaft gefaßt
werden. In ihm verkörpere sich der Repräsentant
der Realität, in Hitler, seinem Gegenspieler, der
Repräsentant der Hoffnungen Millionen nationaler
Deutscher. Hitlers Sieg sei gewiss, wenn jeder seine
Pflicht tue.

Um 12 1/2 Uhr erschien Hitler. In seiner Rede
führte er aus, der kommende Wahlkampf sei ein
Kampf gegen den 9. November und seine Folge-
erscheinungen. Er dürfe und könne nicht anders
enden, als mit einer Vernichtung des 9. November-
Systems. Der kommende 18. März werde keine
Partei zur Rechenhaftigkeit ziehen, die einmals erklärt,
sie werde dem deutschen Arbeiter eine neue Zukunft
und ein neues Glück schaffen, und die heute zu feige
sei, um einen eigenen Kandidaten aufzustellen.
Hitler gab dann weiter einen Überblick über die
Regierungspolitik der letzten dreizehn Jahre, wie
sie sich nach nationalsozialistischer Auffassung dar-
stellte. Die Stunde der Abrechnung sei jetzt
gekommen. „Wenn“, so erklärte der Redner, „die
gegenwärtigen Machthaber auch immer wieder be-
haupten, wir bleiben am Ruder, so antworten wir
darauf, die Nationalsozialistische Partei, wir stür-
zen Euch auf alle Fälle“. Er, Hitler, sei stolz
darauf, heute seinen Namen als Symbol und Hoff-
nung von Millionen Deutschen dem zerbröckelnden
System entgegenhalten zu dürfen. Hitler schloß
seine Rede mit der Aufforderung an alle Anwesenden,
am kommenden 18. März ihre Pflicht zu tun
und der Partei des nationalen Wiederaufbaues zum
Sieg zu verhelfen. Die Versammlung ging dann
in Ruhe auseinander, ohne daß es zu Zwischen-
fällen gekommen wäre.

Hitler schreibt an Hindenburg

wtb. Berlin, 29. Februar.

Adolf Hitler hat an den Reichspräsidenten
von Hindenburg einen Brief gerichtet, in dem
er zunächst auf zwei Stellen des Wahlaufrufes der
Sozialdemokratischen Partei vom 27. Februar ver-
weist, in denen eine etwaige Wahl Hitlers zum
Reichspräsidenten gleichgesetzt wird mit Chaos in
Deutschland und ganz Europa. Hierzu schreibt
Hitler: „Ich weise den Verlust, mit diesem Methoden-
das Ausland gegen die freie politische Meinungs-
entscheidung der Deutschen Nation unter Beugung
auf Ihren Namen mobilisieren zu wollen,
entrüstet zurück. Ich habe in meinen Rednerungen
Angehörigen gegenüber nie unterlassen, darauf hin-
zuweisen, daß jede bisherige deutsche Regierung
von wahrhafter und aufrichtiger Vaterlandsliebe
beseelt gewesen ist. Verstehe, eine unbewegliche
nationale Tätigkeit vor dem Auslande als Unruhe
hinzustellen, werde ich, wenn sie unter Verei-
nbarung Ihres Namens, Herr Reichspräsident,
erfolgen und nicht zurückgewiesen werden, von jetzt
ab persönlich in der geeigneten Weise abzuwehren
suchen.“

In einem anderen Punkt verweist Hitler darauf,

daß der preussische Innenminister Severing den
preussischen Ober- und Regierungs-
präsidenten und anderen preussischen oberen
Beamten die Nationalsozialistische Par-
tei als staatsfeindlich hingestellt haben
soll und erklärt, daß er in diesem Vorgehen einen
unzulässigen Druck auf die preussische Verwaltung
setze, ihren Einfluß in eine die Wahl für die Na-
tionalsozialistische Partei ungünstigem Sinne gel-
tend zu machen.

Unter Beziehung auf den Wunsch des Reichs-
präsidenten, daß dieser Wahlkampf in ritter-
licher Weise geführt werde, betont Hitler, daß
Reichsinnenminister General Goerner, in einer
amtlichen Erklärung dem Reichstagsabgeordneten
Dr. Goebbels eine entstellte Meinerung zu-
geschrieben habe, die nach dem amtlichen Reichs-
tagsprotokoll nicht gefallen sei, und daß der Reichs-
innenminister trotz erfolgter Aufklärung seinen
schweren Vorwurf nicht zurückgezogen habe.

Hitler kommt dann auf die von seinen Gegnern
getane Meinerung zu sprechen, er sei österreichischer
Deferteur gewesen und hätte deshalb seine Staats-
angehörigkeit verloren. Er verweist darauf, daß er
schon im Februar 1914 überhaupt keine öster-
reichische Heeresverpflichtung mehr gehabt habe
und mithin aus freiem Willen und nur
aus nationaler Begeisterung bei Kriegs-
ausbruch in die deutsche Armee eingetreten sei, in
der dann über 5 1/2 Jahre zu dienen die Ehre hatte.

Der Brief schließt mit einem Appell an den
Reichspräsidenten, in diesem Kampfe die Prinzipien
der Ritterlichkeit wieder herzu-
stellen.

Deutsche Volkspartei zwischen zwei Zielen

Dingeldey über die politische Lage

wtb. Berlin, 29. Februar.

Der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei
trat gestern zu einer Sitzung zusammen, in der der
Parteiführer Dr. Dingeldey Bericht über die
politische Lage erstattete. Die nächste Aufgabe der
deutschen Politik, betonte der Redner, die die be-
sondere Förderung und Unterstützung durch die
Deutsche Volkspartei verlange, sei die Durchsetzung
der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten.
Das politische Ziel des veränderten Kurles, das
von nationalen Deutschland verkündet wird, müsse
erreicht werden durch Kampf im Parlament, nicht
aber durch Druck von den Parteien auf das Reichs-
oberhaupt. Die Deutsche Volkspartei werde mit
guten Gründen und mit aller Entschiedenheit
gegen das Kabinett Brüning stehen und
noch für die Wiederwahl des Reichs-
präsidenten von Hindenburg mit aller
Hingabe und Entschiedenheit eintreten könne.

Die Deutsche Volkspartei sei für ein loyales
Zusammenarbeiten mit den Deutschen Nationalen und
anderen bürgerlichen Parteien. Sie werde aber
nicht bereit sein, die weiße Fahne der Kapitulation
anzuflehen. Wo hinter dem Rücken der Partei-
leitung verhandelt worden sei, die eigene Organisation
in ein anderes Lager hineinzuversetzen, werde sie
hart entschlossen sein, alle Maßnahmen dagegen
rücksichtslos zu treffen. Das Ausscheiden der
Herrn Dr. Curtius und v. Kardorff aus
der Fraktion sei nach Lage der Dinge unvermeid-
lich. Die Fraktion bleibe den Herren für ihre
Verdienste aufrichtig dankbar. Ihr Ausscheiden
hinterlasse keine persönliche Bitterkeit.

Der Reichsausschuß faßte danach einstimmig eine
Entschließung, in der es heißt: „Wer sich ohne
Wissen und Auftrag der Parteileitung über den
Zusammenbruch von Organisationen der Deutschen
Volkspartei mit anderen Parteien verhandelt oder
darzu auffordert, stellt sich dadurch außerhalb des
Rahmens der Partei.“

Im Zeichen der Krise

Berlin, 28. Februar.

Die feindliche Haltung der Deutschen Volks-
partei gegenüber dem Kabinett Brüning hat der
Partei bzw. der Reichstagsfraktion den Verlust
einer Reihe von Mitgliedern, und nicht der
schlechtesten, gekostet. Das Ausscheiden von
Männern wie Curtius, dem früheren Reichs-
außenminister und Fraktionsvorsitzenden, und

Preußenbeamter darf nicht Nationalsozialist sein

Bestätigendes Urteil des Disziplinarhofes

wtb. Berlin, 28. Februar.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mit-
teilt, hat der Disziplinarhof für die nichtrichter-
lichen Beamten im Disziplinarverfahren gegen
einen höheren Polizeioffizier erneut den Grundsat
aufgestellt, daß das offene Bekenntnis des Polizei-
offiziers zur N. S. D. A. P. ein Dienstvergehen sei;
denn — so heißt es in dem Urteil — „der An-
gesuldigte ist damit für eine Partei eingetreten,
die den Umständen der bestehenden republikani-
schen Staatsform nicht entspricht.“ Diesen Standpunkt hat der
Disziplinarhof, wie er im Urteil feststellt, bereits in
einer höchstgerichtlichen Entscheidung vom 9. März
1931 vertreten. „Von dieser Rechtsprechung“, so
heißt es u. a. weiter, „die seitdem in zahlreichen
Entscheidungen ständig aufrechterhalten worden ist,
abzugehen, befreit kein Anlaß. Wenn die neuere
Zeit nach den für die N. S. D. A. P. erfolgreichen
Wahlen in der Parteipresse dieser Partei und den
Meinerungen ihrer Führer von „legalen“ Wegen
gesprochen wird, auf denen ihr Ziel, das „Dritte
Reich“ verwirklicht werden soll, so handelt es sich
hierbei nur um eine Verschleierung des
wahren Zieles, nämlich der gewalttätigen Be-
seitigung des bestehenden wahren
Zieles, nämlich der gewalttätigen Beseiti-
gung der bestehenden Staatsform. Ein
Staatsbeamter aber, der sich offen als Anhänger
dieser Partei zu erkennen gibt, offen für diesen
Eintritt, wie es der Angesuldigte getan hat, be-
geht ein Dienstvergehen.“

Schwarzhandel mit Waffen aufgedeckt

wtb. Worms, 28. Februar. Der Uhrmarenhän-
dler und Optiker Saad in Orléans konnte überführt

Mißglückter Anschlag auf eine Hitler-Rede

wtb. Berlin, 28. Februar. Zwischen dem Sport-
palast in der Potsdamer Straße und der Sporthalle
in Berlin-Wilmersdorf besteht eine Kabelverbin-
dung zur Übertragung von Großveranstaltungen.
Sonnabend wurde kurz vor Beginn der Übertra-
gung einer Ansprache Hitlers festgestellt, daß an der
Stelle, wo die Leitung von der Halle in die Erd-
kabel zum unterirdischen Kabel führt, das Kabel ange-
schritten und eine neue Leitung bis in die an einer
Privatstraße gelegenen Gebäulichkeiten gezogen worden
ist, so daß es den Anschein hat, als ob, wie bei der
Störung der Neujahrrede des Reichspräsidenten
von Hindenburg, eine Gegenansprache eingeschaltet
werden sollte.

„Was wäre wohl aus Deutschland geworden...?“

wtb. Washington, 29. Februar. „Was hin-
ton Star“ schreibt in einem Beitrag zu den
deutschen Wahlen am 18. März: Hindenburg
hat seinem Vaterlande in Krieg und Frieden treu
geblieben, und es ist schwer, sich auszumalen, was
wohl aus Deutschland geworden wäre, wenn es
während der letzten sieben schweren und ent-
scheidenden Jahre nicht seine patriotische und ent-
schlossene Führung gehabt hätte. Wahrscheinlich
wird Hitler eine große Stimmenzahl erreichen,
aber Hindenburgs Wiederwahl scheint gesichert zu
sein. In normalen Zeiten wäre es unangebracht,
wenn man über die Innenpolitik eines anderen
Landes bestimmte Hoffnungen äußert, aber gegen-
wärtig liegt es im Interesse des Friedens in
Europa, daß Präsident Hindenburg in seinem
hohen und verantwortungsvollen Amte bleibt.

v. Kardorff, dem Vizepräsidenten des Reichstages, dürfte für die Partei gleichbedeutend mit dem Ausscheiden eines bedeutenden Kreises von Mitgliedern sein.

Wenn auch der größte Teil der
Fraktion, dem Befehl der Partei gehorchend, bei
der letzten Reichstagsabstimmung gegen Brüning
votiert hat, so ist es mehr als ein offenes Geheim-
nis, daß zahlreiche Abgeordnete persönlich diese
Partei nicht nur außerordentlich ungern mit-
gemacht und sie als falsch verurteilt haben. Be-
zeichnenderweise ist Dr. Curtius vor der Abstim-
mung die Zustimmung seiner badi-
schen Wahlkreisorganisation seiner badi-
schen Wahlkreisorganisation zu seiner
später öffentlich dokumentierten Haltung zu-
gegangen. Ein weiteres Zeichen dafür, daß die
Deutsche Volkspartei angeblich eine sehr
ernste Krise durchmacht, ja, daß die Partei, wie
einige Befragte bereits annehmen, der Auflösung
entgegensteht, ist die Tatsache, daß der Wahl-
kreisvorsitzende und der Hauptge-
schäftsführer der Wahlkreisorganisation
Westfalen-Süd ohne Kenntnis der Partei
Verhandlungen mit dem Führer der Deutschen
Nationalen, dem bekannten Geheimrat Eugen
Gugeler, geführt haben mit dem Ziele, ihre Organisa-
tion ins deutschnationale Lager hinüberzubringen.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt hierzu
in einer ihrer letzten Ausgaben: „Die Frucht aus
der Volkspartei“ u. a. folgendes: „Man wird zu-
sammenfassend sagen können: Für eine liberale
Mittelpartei im Sinne Stresemanns wäre auch
heute noch Raum im deutschen politischen Leben.
Für eine Partei, aber, die den deutschnationalen
und freidenkerlichen selbst den Nationalsozialisten
nachläßt, ohne doch die Konsequenzen zu wollen,
wird es ein selbständiges Dasein auf die
Dauer nicht mehr geben können.“

wtb. Gelsenkirchen, 29. Februar. Auf einer Ver-
treterversammlung des Gaues Gelsenkirchen, Quir-
und Gort der Deutschen Volkspartei erklärten der
Gauvorsitzende, Bergasseffor Süß, der
früher dem Reichstage angehörte, und der Gau-
geschäftsführer, Dr. Wehring, ihren Austritt
aus der Partei. In einem Schreiben Süß an den
Partei-Vorsitzenden Dingeldey erklärte Süß,
daß ihn die von der Partei ausgesprochene Parole
für Hindenburg gegen Brüning bei
seinem Schritt entscheidend beeinflusst habe, weil
sie eine Unmöglichkeit darstelle, da eine Un-
terstützung der Kandidatur Hindenburgs zwangs-
läufig auch eine Unterstützung des Kabinetts Brü-
ning bedeute.

Reichswehrleutnant a. D. und jetzt Kommunist

wtb. Berlin, 29. Februar. Der Oberleutnant
wacht hat gegen den früheren Reichswehrleutnant
Richard Scheringer erneut Klage wegen
Vorbereitung zum Hochverrat erhoben
und die Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem
Reichsgericht beantragt. Die Anklage wird
Scheringer vor, er habe während der
Reichswehrzeit in Gollnow durch Veröffentlichung
zahlreicher Schriften und Zeitungsartikeln
im kommunistischen Sinne hochverräterische
Handlungen betrieben.

In 19 Jahren...

wtb. Washington, 27. Februar. (Neuer.) Die
autonome Senatskommission hat einen Gelegen-
heitsantrag angenommen, daß in 19 Jahren den Phi-
lippinen ihre Unabhängigkeit wieder
zugeben sei.



Memel, 29. Februar

Seite, Dienstag, den 1. März 1932
nachmittags 5 Uhr:

Stadtverordnetenversammlung im Rathaus.

Ein idealer Winter Sonntag

Der gestrige Sonntag ist wohl der einzige Feiertag in diesem Winter gewesen, wie man sich ihn besser und schöner für den Winterport nicht wünschen konnte. In der Stadt die schönsten Bahnen mit Spiegelblankem Eis und draußen eine herrliche Winterlandschaft mit einer Schneedecke, die überall hoch genug war, um den Schneeschuh- und Rodelsport nach Herzenslust betreiben zu können. Deshalb pilgerte bei mäßigem Frost und hellem Sonnenschein schon frühmorgens die Jugend in Scharen hinaus zum Winterport. Die einen suchten den Stadtwald und Försterei und die anderen die Neherung, die sonst so still und vertraut daliegt, auf, um für einige Stunden dem Vergnügen nachzugehen. Nach Schwarzort waren neben anderen Sportlern der Schneeschuhverein Memel, die Damenabteilung des Memeler Sportvereins und der Verein Rad-Sport-Memel mit Schlitten hinausgefahren. Während die Teilnehmer des Rodelsportvereins mit Rodelschlitten von den Bergen herunterstürzten, stützten die Sportler der anderen Vereine mit Schneeschuhen herum, daß der seine Pulverstellen, und besonders in Försterei, herrliche Hochbetrieb im Winterport. Es war ein Vergnügen, sich Herz und Lunge im tiefverschneiten Märchenwald mit frischer, reiner Winterluft vollzupumpen zu lassen. Natürlich mußte man das schöne Winterwetter und vor allem die gute Schlittenbahn für Spazierfahrten und zu Spaziergängen nach den bei Memel liegenden Ausflugsorten aus, so daß am gestrigen Sonntag überall ein äußerst reges Leben herrschte.

Zwei Arbeiter schwer verbrüht

Heute morgen hat sich in einer Fabrik in Jantowen ein schwerer Unfall ereignet. Die beiden Arbeiter Johann Kikut, Mühlenstraße Nr. 89 wohnhaft, und Benno Zertofas, Kirchhofstraße Nr. 1 wohnhaft, waren in einem Raum beschäftigt, in dem sich ein sogenannter Nüchleinapparat befindet. Beim Aufbauen des Kondensators dieses Apparates platzte das Rohr und das heiße Wasser ergoß sich über die beiden Arbeiter. Dabei erlitt besonders Zertofas schwere Brandwunden am ganzen Körper. Beide Verunglückten wurden mit dem telephonisch herbeigerufenen Unfallwagen nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht.

*** 34. Stiftungsfest des „Memeler Volksvereins.“**
So mancher Besucher, der als Gast an dem 34. Stiftungsfest des „Memeler Volksvereins“ am Sonntagabend im Schützenhaus teilnahm, wird bedauern haben, daß dieser Verein nur so selten sich öffentlich bemerkbar macht. Es sind in dieser Vereinigung Kräfte wirksam, die sich sehen lassen können. Grauhäarige Männer und Frauen, in der Blüte des Lebens stehende Menschen und jüngste Jugend haben sich zusammengefunden, um volkstümliche Geselligkeit zu pflegen. Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den Vorsitzenden, Lehrer Klimkeit, wurde ein Singpiel aufgeführt, das sehr gut gefiel. Darauf gratulierten zahlreiche Vertreter befreundeter Vereine. Ein von mehreren gleichgekleideten jungen Damen getanzter Reigen erntete stürmischen Beifall; er mußte wiederholt werden. Den Beschluß der Darbietungen bildete ein Schwanz, betitelt: „Ein Sonntagnachmittag in der Kaserne“, der an die Lachmuskel der Zuhörer ungewöhnlich hohe Anforderungen stellte. Darauf wurden unermüdlich die Tanzbeine geschwungen. Alles in allem war es ein wohl gelungenes Fest einer großen Familie, die die deutsche Art, Sitten und Gebräuche liebt und pflegt.

*** Diebstähle.** Am Sonntagabend wurde in einer Wohnung des Hauses Mühlenstraße 120 ein Einbruchdiebstahl verübt. Dabei wurden aus einer Kommode, die verschlossen war, 80 Lit gestohlen. Am gleichen Tage wurde einer Arbeiterin von einem Handwagen in der Marktstraße eine Handtasche, die aus gelbem Leder angefertigt war und keinen Bügel hatte, entwendet. In der Tasche befand sich ein Portemonnaie mit einem kleinen Geldebetrag, ein Ausweis und eine Stempelfarbe auf den Namen Marie Buntin sowie ein weißschaliges kleines Messer. — Dieser Tage ist aus einem Auto, das auf dem Hof in der Börsenstraße Nr. 7

Aus dem Radioprogramm für Dienstag

- Raunas (Welle 1935). 19.35, 21.30 u. 23. Konzert.
- Rönigsberg-Heilsberg (Welle 276). 7: Schallplatten. 11: Opern. 15.45: Rhythmisches-musikalisches Stegreifspiel. 16.15: Konzert. 17.45: Bäckersünde. 19: Wandionklub. 19.45: Lieberjunde. 20.15: Friedrich Kaphler spricht Dichtungen von Goethe. 21: Militärmusik.
- Königsbühnenhaus „Deutsche Welle“ (Welle 1635). 6.50: Konzert. 12.05: Französisch. Später Schallplatten. 14: Konzert. 15: Märchen und Geschichten. 16.30: Konzert. 18: Hochschulfunk: Das humanistische Gymnasium und die Gegenwart. 18.30: Vortrag: Musik in der Einheit der Künste. 19: Englisch für Fortgeschrittene. 20: Konzert. 22.30: Tanzmusik.
- Langenberg (Welle 472). 17: Konzert. 18.40: Französisch-Unterhaltung. 19: Oratorium „Paulus“.
- Mühlhader (Welle 360). 12.35: Blasmusik. 13.45: Schallplatten. 17: Konzert. 19.35: Heitere Musik. 20.05: Konzert. 22.35: Das Goethejahr. 23.05: Tanzmusik.
- Wien (Welle 517). 20.05: Das deutsche Lied in Klein-Polen. 21.10: Sinfonieorchester.

stand, eine braune Kamelhaardecke und einige Tage, später haben Dieb aus demselben Auto, als es vor den Apollo-Lichtspielen stand, eine rote Friesdecke entwendet. Sachdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei.

*** Wegen Unterschlagung verhaftet.** Dieser Tage wurden beim hiesigen Postamt Unregelmäßigkeiten eines Beamten bemerkt. Die Feststellungen ergaben, daß der Beamte W., der Innendienst hatte, etwa 10.000 Lit veruntreut hat. Wie es heißt, wollte sich W. für dieses Geld ein Haus in Schaulen kaufen. Er wurde nach dem Bajohrener Gefängnis in Untersuchungshaft gebracht.

Standesamt der Stadt Memel

vom 29. Februar 1932

Ausgeboren: Infanterist Joseph Janowski von hier mit Marie Strabs, ohne Beruf, von Carlstraße.

Eheschließung: Chauffeur Otto Wilhelm Vorbe mit Fräulein Charlotte Gertrud Siepa, geb. Velschitzki, beide von hier.

Geboren: Eine Tochter: dem Arbeiter Emil Heinrich Kwoitas, dem Bäckermeister Kurt Max Herrmann von hier. Eine uneheliche Geburt männlichen Geschlechts.

Gestorben: Friseurmeister Karl Ludwig Spanzehl, 72 Jahre alt, Margarete Kurichus, ohne Beruf, 26 Jahre alt, von hier.

Erstes Gastspiel des Rauener Neuen Jüdischen Theaters

Am Sonntagabend fand im Schützenhaus in Memel das erste Gastspiel des Rauener Neuen Jüdischen Theaters statt. Zur Aufführung gelangte die Operette „Sein jüdisches Mädel“ von A. Schor, Musik von Humjuchinski.

Die Handlung ist eigenartig und auch an dramatischen Momenten reich. Der Inhalt der Operette ist kurz folgender: Ein junger russischer Offizier Grischka (Dreitmann) und ein schönes, reiches jüdisches Mädchen (Fräulein Berger) lieben sich innig. Von seinem Vater, einem aktiven Russengeneral, im Geiste der Toleranz erzogen, verweigert Grischka, seine Religionsunterschiede zu kennen und selbst zum Judentum überzutreten zu wollen, um das Mädchen seiner Wahl heiraten zu können. Der General sowie der fromme jüdische Vater sind selbstverständlich dagegen. Eine Geistesranke, Chaita, die Wahnsinnige Vera Kanewskaja, irrt im Städtchen herum wegen ihres Mißgeschicks, daß einst ihr Ehemann zum „rechtgläubigen“ Christentum übertrat und ihr einziges Kind in den Schoß der Kirche fortnahm; sie kann ihr Unglück nicht vergessen und wagt vor jeder Christengemeinschaft. Es stellt sich heraus, daß der General ihr früherer Ehemann war, der, um auf der Stufenleiter der Karriere weiter zu steigen, seine Frau und den vätergläubigen verließ. In der Ueberraschung, ihren verlorenen Sohn nach zwanzig Jahren wiedergefunden zu haben, der zum Judentum wiederkehrt, wird die Irre wieder gesund und der General quittiert seinen Heeresdienst. Der dritte Akt zeigt die beiden Familien auf dem Schiffe nach Palästina, im Anblick des heiligen Landes.

Vera Kanewskaja hat die Rolle der Irreningen in Spiel und Gesang vortrefflich wiedergegeben. Regisseur Dreitmann erwies sich als prächtiger Sänger und Schauspieler. Sina Jaroslawska, Jacob Serbaki, Roblum, Frau Schub Schneider und Krawezki bewährten sich im Spiel, Gesang und Tanz sehr gut.

Vollversammlung der Fischereikammer des Memelgebietes

Die Kammerbeiträge um 50 % gesenkt

Am Sonntagabend, dem 27. Februar, fand die vierte Vollversammlung der Fischereikammer des Memelgebietes statt, die bald nach 10 Uhr vom Präsidenten der Kammer, Suhr, eröffnet wurde. Von der Fischereiaufsichtsbehörde war Oberfischmeister Radtke erschienen, den Kreis Memel vertrat Landrat Simonaitis. Nachdem der Vorsitzende die Behördenvertreter begrüßt hatte, gedachte er wieder im vorigen Jahr verstorbenen Mitglieder. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Toten von den Plätzen. Aus dem

Jahresbericht
den der Vorsitzende sodann vortrug, ist folgendes zu entnehmen: Die letzte Vollversammlung fand am 28. Februar vorigen Jahres statt. Die dabei behandelten Gegenstände wurden durch den Vorstand der Kammer bzw. durch den Vorsitzenden erledigt. U. a. wurden Anträge über Abänderung der Marktordnung der Ortshäfen aus und Prüflus gestellt. Diese wurden von den dortigen Verwaltungen abschlägig beschieden. Ein ähnlicher an die Gemeindeverwaltung Hendekrug gerichteter Antrag soll nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Der Vorsitzende erwähnte ferner, daß der Pferdefall am Sandkrug für die Pferde der Nahrungs-fischer inzwischen erbaut und den Fischern zur Benutzung freigegeben worden ist. Betreffend Schäden, die die Fischerei durch die Abwässer der Zellulosefabrik in Tilsit und Ragait erleidet, wurde mit dem Direktorium ein eingehender Schriftwechsel geführt. Auch hat eine vom Vorstand gewählte Kommission seinerzeit mit dem zuständigen Landesdirektor hierüber verhandelt. Ueber diese Angelegenheit entspann sich später noch eine längere Debatte. Ein Antrag betreffs der Frühjahrs-schonzeit in den Stromgebieten ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß der Antrag nicht mit dem deutsch-litauischen Fischereiabkommen zu vereinbaren ist. Eine Eingabe betreffend Führer-scheine für Seefischer ist von Seiten des Direkt-

Das Orchester unter Leitung von J. Konzki hatte sich vorzüglich der Darbietung angepaßt. Das Haus war voll besetzt und spendete reichen Beifall.

Hendekrug, 29. Februar

*** Verladebericht.** Am letzten Sonntagabend wurden 25 Kälber und 11 Rinder angekauft. Bezahlt wurden für Kälber bis 35 Cent, für Rinder bis 33 Cent.

*** Vieh- und Pferdemarkt.** Am Freitag, dem 4. März, findet in Hendekrug ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

Strassammer Hendekrug

Freispruch von der Anklage des Falschheides. Der Landwirt Gustav M., der früher in Jonitaken gewohnt hat und jetzt aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, war vom Schöffengericht in Hendekrug wegen wissenschaftlichen Falschheides zu zwei Jahren und zwei Monaten Zuchthaus verurteilt worden. Der Angeklagte, der einen sehr guten Eindruck macht, schien betriebs seiner Anklage, die auf den §§ 164 und 174, 75 basiert, nicht recht gefaßt zu sein. Es handelt sich in dieser Sache um eine sehr verzwickte Zivilprozesssache, in der wohl verschiedene Meinende geleistet worden sind, was sich natürlicherweise jetzt nicht mehr feststellen läßt. Im allgemeinen gab der Angeklagte ein ziemlich klares Bild darüber, was er selbst von der Sache wußte und daß er seinen Eid nach bestem Wissen und Gewissen geleistet hat. Es kommen dabei noch verschiedene andere Sachen zur Sprache, die der Staatsanwalt vielleicht später noch auswerten dürfte. Zu erwähnen ist noch, daß in diesem Prozeß einige Einschreibebriefe eine verhängnisvolle Rolle gespielt haben. Nach längerer Beratung sprach das Gericht den Angeklagten frei.

Schöffengericht Hendekrug

Ein Jahr Zuchthaus wegen Rohrdiebstahls. Einem Nachts im Dezember v. J. verschwand dem Besitzer August Duitz aus Kirilden von seinem Felde etwa 50 Bunde Rohr. D. stellte am Tatort sofort Ermittlungen an und konnte dabei feststellen, daß das Rohr mit einem Wagen abgefahren war. Die Wagenpuren konnte er bis nach Gaidellen verfolgen. Die Verfolgung war um so leichter, als von dem Wagen einzelne kurze Rohrenden herabgefallen und auf dem Wege liegen geblieben waren. D. hatte sofort den Besitzer Friedrich K. aus G., der bereits mehrmals wegen Diebstahls verurteilt war, als den Täter in Verdacht. Bevor D. sich auf das K. 'sche Gehöft begab, wartete er erst das Erscheinen des durch seine Frau von dem Diebstahl benachrichtigten Landespolizeibeamten ab. Als der Polizeibeamte erschien, begaben sie sich beide zum K. 'schen Gehöft und fanden den K. gerade dabei, wie er mit dem gestohlenen Rohr das Dach deckte. K. leugnete auf das entschiedenste, den Rohrdiebstahl ausgeführt zu haben. Er wollte das bei ihm vorgefundene Rohr von einem Besitzer aus der Gausgaller Gegend gekauft haben. Und zwar wollte er das Rohr im November gekauft und auch nach Hause gebracht haben. Bei der weiteren Durchsuchung des Gehöfts des K. wurde ein Wagen vorgefunden, der allem Anschein nach in der Nacht vorher benutzt sein mußte und um dessen Radnabe sich Rohr umwickelt hatte. Danach bestand kein Zweifel mehr, daß K. mit diesem Wagen das Rohr des D. abgeholt hatte. In dem Termin leugnete K. das Duitz'sche Rohr gestohlen zu haben und blieb dabei, daß er das vorgefundene Rohr im November v. J. gekauft hätte. Nach der Beweisaufnahme war jedoch das Gericht von der Schuld des Angeklagten K. überzeugt und kam zu seiner Verurteilung. Mit Rücksicht darauf, daß es sich um Rückfalldiebstahl handelte und K. bereits fünfundsamanzigmal vorbestraft war, verurteilte das Gericht ihn in mildernde Umstände und erkannte auf ein Jahr Zuchthaus. Der gleichzeitig mitangeklagte Besitzerhohn Eduard K. mußte freigesprochen werden, da ihm nicht nachgewiesen werden konnte, daß er an dem Rohrdiebstahl beteiligt war.

gewesen, jedoch hätten die Preise für diese Fischarten so nachgegeben, daß von einem Verdienst nicht die Rede sein könne, zumal im Hinblick auf die hohen Fichten und hohen Preise für das nötige Fischereigezeug. Uebliches müßte vom Fischhandel gefaßt werden. Die Preise waren niedrig und die Aufnahmefähigkeit sehr beschränkt. Sehr zum Nachteil der gesamten Fischerei hätten sich die vielen und bestigen Herbststürme und die schlechten Eisverhältnisse auf dem Saß während der ersten Wintermonate ausgewirkt.

Fischerwirt Kuttus-Stirwietel gab darauf den

Kassenbericht

Die Finanzkommission habe eine Prüfung der Kasse vorgenommen und alles in Ordnung gefunden. Einschließlich der Kasse aus dem Jahre 1930 und der im Jahre 1931 gezahlten Beiträge sowie sonstiger Einnahmen, wurden in der Berichtszeit 7736,68 Lit eingenommen und 3203,65 Lit ausgegeben. Der Kassenbestand beträgt demnach 4533,03 Lit. Der Berichtstatter erwähnte hierbei, daß seinerzeit vom Direktorium 2000 Lit gegeben worden seien. Dieses Geld dürfe aber nur dann angegriffen werden, wenn die Kammer sich ein eigenes Büro anschafft. (Gegenwärtig stellt die Kreisverwaltung Memel der Kammer Büroräume unentgeltlich zur Verfügung, was die Veranlassung auch diesmal dankend anerkannt.) An Ausgaben wurden u. a. benützt: 567,50 Lit für Büromreinigung, 1933,10 Lit für Reiseentschädigungen, 197,50 Lit für Porto und Telefon, 139,30 Lit für Zeitungen und Anzeigen, 50 Lit standen zur Verfügung des Präsidenten usw. Fischerwirt Kuttus-Stirwietel, ein Mitglied der Finanzkommission, bestätigte, daß mit den vorhandenen Mitteln äußerst sparsam gewirtschaftet wurde. Er betonte weiter, daß der Vorstand entschlossen sei, die Beiträge soweit als möglich zu senken. Durch die Kammer sei entsprechende Arbeit zum Wohle der Fischer geleistet worden; leider sind die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht so, daß man alle berechtigten Forderungen erfüllen könne. Er habe die Kasse prüfen helfen und könne nur bestätigen, daß alles in bester Ordnung gewesen sei. Darauf wurde beschlossen, die bisher bezahlten Kammerbeiträge um 50% herabzusetzen. Deshalb wurde für 1932 ein Etat angenommen, der in Einnahmen und Ausgaben 3975 Lit vorzählt, gegenüber 6750 im Vorjahre. Einige Redner regten an, die Beiträge noch weiter herabzusetzen, weil in der Kasse ein Ueberfluß vorhanden sei. Fischerwirt Kuttus-Stirwietel erwiderte darauf, daß möglicherweise Zeiten kommen könnten, wo den Fischern die Beitragszahlung nicht möglich sein werde. Man würde dann die Reserve gut brauchen, um das Bestehen der Kammer nicht zu gefährden.

Eine längere, recht rege Debatte entspann sich über die Frage, inwiefern die Abwässer der Zellulosefabrik der Fischerei abträglich sind. Fischerwirt Kuttus-Stirwietel glaubte feststellen zu können, daß die in Frage kommenden Behörden dieser für die Fischerei sehr wichtigen Angelegenheit nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenken. Oberfischmeister Radtke erwiderte, daß die Behörden nichts machen könnten, wenn die Mitarbeit der Fischer fehlt. Diese übergeben vielfach die zuständigen Instanzen; sie wenden sich an die obersten Stellen, bevor das notwendige Beweismaterial herbeigeschafft sei. Die Debatte drehte sich schließlich hauptsächlich darum, wer das von den Fabriken verschmutzte Wasser liefern und unter welchen Bedingungen es geliefert werden muß, um benutzbar zu sein. In diesem Zusammenhang erwähnten einige Redner, daß durch die aus den Fabriken stammenden Schmutzteile die Netze manchmal so verschlamm sind, daß sie wie Felle aussehen. Es wurde beschlossen, erneut an die Regierung heran zu treten, damit diese Angelegenheit endlich energisch gefördert wird und die durch die Fabriken der Fischerei zugefügten Schäden beseitigt werden.

Mehrere neu gestellte Anträge wurden dem Vorstand zur Erledigung überwiesen. Darunter war ein Antrag, sämtliche Fischereipächter um 50% zu senken. Dieser Antrag wurde mit der schlechten wirtschaftlichen Lage der Fischer begründet. Der Antrag löste ebenfalls eine längere Debatte aus und führte verschiedentlich zu Meinungsverchiedenheiten zwischen den Vertretern der Festland- und der Neherungsfischer. Gegen 1 Uhr war die Versammlung beendet.

Veranstaltungen am Dienstag

- Stadt-Schauspielhaus: „Medea“, 8 Uhr.
- Apollo-Lichtspiele: „Lügen auf Lügen“, 5 und 8 1/4 Uhr.
- Kammerschauspielhaus: „Der Stolz der 3. Kompagnie“, 5 und 8 1/4 Uhr.
- Capitol-Schauspielhaus: „Leutnant warst Du einst bei den Husaren“, 6 und 8 1/4 Uhr.

Lustige Geschichten aus Ostpreußen

„Marie,“ mahnt die Hausfrau, „Sie müssen die Teppiche fräglich klopfen!“ „Aber denn hauben sie doch so fürchtbar an!“ Frau!

*
Lehrer zu Sch., der an der Tafel steht und schreibt: „Sch. Frieren Sie?“
Primerer Sch.: „Nein, Herr Studienrat!“
Lehrer energisch: „Na, dann nehmen Sie doch die Hand aus der Tasche!“
Primerer Sch. ruhig: „Dann frier' ich!“

*
In der Schule in A. K. wird in der Geschichts-stunde von Friedrich Wilhelm I. gesprochen, u. a. von seiner Schöpfung des Beamtenstaats, von der Aufnahme der Salzburger und, da es sich um eine Schule im Trakehner Bezirk handelt, auch von der Gestiftsgründung. Veria, eine notorisch glückselig, wiederholt: „... und in Trakehnen gründete er ein Beamtengefil!“

*
Nach dem Dreschen gab ich zwei Schwarzerinnen einen Saß von Hinterehorn vom Speicher, den sie in den Hüherstall tragen sollten. Auf dem Speicher befand sich eine idarwarze Tafel über den Lagerbestand, auf der auch das Wort „Bodenverlust“ stand. „Du,“ höre ich da die eine fragen, „was ist das eigentlich: Bodenverlust?“ Und die andere erklärt: „Bodenverlust ist, was die Hüherer kriegen, wenn der Herr mal dem Schläffel hal liegen lassen!“ (Georgine.)

25 Jahre Verein der Detailisten E. V. Memel

Ein würdiger Festakt

Der Verein der Detailisten E. V. in Memel feiert in diesen Tagen sein 25jähriges Bestehen. Er beging dieses Jubiläum durch einen Festakt, der am Sonntag, dem 28. Februar, vormittags 11 1/2 Uhr, in den festlich geschmückten, repräsentativen Räumen der Industrie- und Handelskammer unter starker Beteiligung der Mitglieder und geladener Gäste vor sich ging. Erschienen waren der Gouverneur Minister Merlys, der Kommandant Oberst Piormonas, Landesrat Tolikus als der mit der Führung der Geschäfte des Präsidenten des Direktoriums Beauftragte, Bürgermeister Schulz und Stadtverordnetenvorsteher Bierach als Vertreter der Stadt, Präsident Konrad Jahn und Syndikus Dr. Schreiber von der Industrie- und Handelskammer, der Präsident der Handelskammer Labrowski, die Direktoren des Zollamtes, der Post und der Emmissionsbank, Kaufmann Basse als Vorsitzender des Vereins der Kolonialwarenhändler, Kaufmann Scharfetter als Vorsitzender des Vereins der Großhändler und Importeure, Konrad Falk als Vorsitzender des Industrieverbandes Memel und eine Reihe weiterer Personen aus dem öffentlichen Leben und Vertreter der Wirtschaft.

Der Festakt, der etwa zwei Stunden dauerte, nahm einen würdigen und harmonischen Verlauf.

Aus der Geschichte des Vereins

Der Festakt wurde eröffnet durch eine Rede des Vorsitzenden des Vereins,

Kaufmann Hanff

die wir im Wortlaut wiedergeben, weil sie einen ausgezeichneten Überblick über die bisherige Geschichte des Vereins gibt.

Nachdem Herr Hanff die erschienenen Gäste begrüßt hatte, fuhr er fort:

Der Zeit entsprechend wollen wir diesen Tag nicht bei einem rauschenden Fest, bei frohem Spiel und Tanz begehen, vielmehr wollen wir in würdiger und sachlicher Form des Tages gedenken, an dem die Memeler Detailisten sich vor 25 Jahren zusammensetzten, um in den Statuten festgelegt, den Kleinhandel zu fördern, die Interessen ihres Standes auf breiter Basis wahrzunehmen und den ordentlichen, ehrlichen Kaufmann gegen Uebergriffe unruherer und unlauterer Elemente zu schützen. So war der Weg, der beschritten werden sollte, klar und deutlich bezeichnet; trotz der oftmals wechselnden Zeitverhältnisse ist der Verein der Detailisten in diesen 25 Jahren unentwegt diesen Weg gegangen, hat so bestens für seinen Stand und seine Mitglieder gesorgt. In den großen allgemeinen Fragen des öffentlichen Lebens hat der Verein seine Mitglieder nie zu binden versucht, doch er hat seine Mitglieder stets aufgerufen, wenn es galt, der Wirtschaft zu helfen, sie zu fördern, zum Besten seines Standes und der Allgemeinheit beizutragen, besonders den Handel tatkräftig zu unterstützen, und war dann immer in den vordersten Reihen zu finden.

Anfang der neunziger Jahre

machte sich eine starke Bewegung in der Detailbranche bemerkbar. Die Warenhäuser und großen Kaufhäuser, die in einigen Großstädten Deutschlands entstanden und emporblühten, propagierten ganz neue Methoden des Warenabsetzes und der Warenverpackung; dieses warf Schatten bis in entfernte Gegenden, auch bis an die damalige östliche Peripherie des Deutschen Reiches. Es fehlten Widerstände ein nicht allein durch gesetzliche Maßnahmen, z. B. der Einführung der Warenhaussteuer, der Vorläuferin der Umsatzsteuer, sondern auch durch eine große Bewegung, die den kaufmännischen Mittelstand auf den Plan rief. In vielen Orten bildeten sich Berufsvereine, die sich ihrerseits dann in Provinzialverbände zusammenschlossen. Sehr rühmlich war der „Verband selbstständiger Kaufleute Ostpreußens“. Unser damaliger Stadtrat, jetziger Bürgermeister Schulz interessierte sich besonders für diese Bewegung und gründete mit einer kleinen Schar seiner Kollegen im Jahre 1905 den Verein der Kolonialwarenhändler.

Diesem Beispiel folgten bald die anderen Kleinhandl. Am 28. Februar 1907 setzten sich 14 Herren aus der Textil-, Eisen- und Spielwarenbranche zu einer Besprechung zusammen und legten die

Satzungen für einen zu gründenden Verein

fest. Es waren dieses die Herren Stadtrat Otto Kadageln, Adolf Eisenhüt, Charles Scharfetter, Robert Waller, Stegfried Indetkin, Johann Steiner, Gustav Lemm, Gustav Hoffmann, Norbert Borchardt, Albert Brudenslins, Max Elbaum, Georg Köhler, Israel Weismann, Emil Eohn.

In § 3 wurden damals folgende Richtlinien verankert:

Zweck und Ziele des Vereins

find die Interessen der Mitglieder zu vertreten, wahrzunehmen und zu fördern, jede Art des unlauteren Wettbewerbs im Detailhandel zu bekämpfen,

die Abwehr der Ueberstände im Detailhandel und Verkehr, die Hebung des Standes im allgemeinen, Vermehrung von Verlusten durch den Geschäftsverkehr bei böswilligen Schuldnern.

Die Wahrnehmung der allgemeinen Interessen des Detailstandes und Detailhandels soll erfolgen:

durch Beratung und Vorträge über alle Fragen, welche für das Detailgeschäft von Bedeutung sind,

durch Besprechung und Kundgebungen bei gesetzgeberischen Maßnahmen, sowie durch entsprechende Anträge bei Behörden, durch Rechtsbehelfe und Ratbereitschaft in allen Rechtsfragen.

Die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs solle erfolgen:

durch direkte Einwirkung auf die Kaufleute und durch Aufforderung derselben, durch Aufklärung des Publikums mittels öffentlicher Kundgebungen, durch Klage auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs,

Die Rede des Vorsitzenden des feiernden Vereins zeigte, wie geschickt der Einzelhandel es verstanden hat, die großen Schwierigkeiten, mit denen er gerade bei uns zu kämpfen hat, zu überwinden und sich den bestehenden Bedingungen anzupassen, und die zahlreichen Glückwünsche, die dann folgten, gaben einen deutlichen Beweis für die Sympathien, welche der Verein sich bei den Behörden und unter den kaufmännischen Verbänden und Vereinen erzieht. Nirgendwo klang ein Misston auf, und wenn auch des öfteren sehr deutlich wurde, wo der Wirtschaft im allgemeinen und dem Einzelhandel im besonderen der Schuh drückt, so wurden auch diese Wünsche mit sachlichem Ernst oder in humorvollen Wendungen vorgetragen.

An den Festakt schloß sich ein gemeinsames, von dem Debonum des Kurhauses, Müller, ausgezeichnet vorbereitetes Frühstück, bei dem Gäste und Mitglieder in anregendem Gedankenaustausch eine Reihe von Stunden zusammenbrachten. Die vielen Fragen, die in den Reden des Festaktes aufgeworfen worden waren, wurden hier eifrig weiterdiskutiert, und die Vertreter der Behörden und der Wirtschaft kamen sich in zwanglosem Gespräch hier näher als vielleicht in manchen Verhandlungen.

So war diese Feyer, die nicht als rauschendes Fest, sondern sichtlich und würdig begangen wurde, ein eindrucksvoller Abbruch der ersten 25 Jahre und ein verheißungsvoller Ausblick für die weitere Zukunft des Vereins.

Es war also beschlossen, daß ein ständiges Sachverständigen-Organ für die Angelegenheiten unserer Detailbranche geschaffen wurde, in dem die Interessen bestens wahrgenommen und unseren Bestrebungen auch bei der damaligen Berufsvertretung, der „Korporation der Kaufmannschaft“ Nachdruck verliehen werden sollte.

Zur Konstituierung wurde am 17. Mai 1907 geladene; einstimmig wurde unser lieber Dito Kadageln zum ersten Vorsitzenden gewählt, der schon jedoch am 22. Februar 1911, nachdem er sein Geschäft verkauft hatte, sein Amt niederlegte.

Im folgenden Freund, mein Schwiegervater Adolf Eisenhüt und nach dessen Hinscheiden am 31. Oktober 1917 unser hochverehrter Bernhard Hennig, der allzu früh am 20. September 1923 uns durch den Tod entzogen wurde.

Unsere lieben Vorstandsmitglieder: Charles Scharfetter, Robert Waller, Georg Köhler, John Hartges, Adolf Preis und Albert Brudenslins sind von uns gegangen, über gedenken wir in dieser Stunde in aufrichtiger Trauer.

Bald nach der Gründung setzte eine lebhaft propagandistische, die Zahl der Mitglieder wuchs von Jahr zu Jahr.

Ein breiter Raum bei den Verhandlungen beanspruchten die Fragen der Sozialpolitik. Bei der Sonntagsruhe und dem früheren Lebenslauf erreichte man trotz langwieriger Beratungen keine definitive Einigung, immer nur wurden zum Schluß gesetzliche Maßnahmen gefordert. Erst im Frühjahr 1912 kam man so weit, daß nunmehr nur noch drei Stunden am Sonntag geöffnet wurden, am 23. April 1913 wurde der 8-Uhr-Ladenstluß eingeführt. Die wöchentliche Sonntagsruhe brachte erst das Jahr 1919. Die Bestrebungen der Fortbildungsschule unterstützte man tatkräftig. Ueber die Krankenversicherungs- und Angehörten-Versicherung wurden belehrende Vorträge gehalten. Auch in der Vorfrühjahrszeit machte sich das Vorurteil besonders unangenehm bemerkbar; die Mitglieder des Vereins unterstützten sich gegenseitig. Besaglich des unlauteren Wettbewerbs hatte der Verein schon damals eine umfangreiche Tätigkeit entwickelt. Er mußte sich nicht nur dagegen wehren, daß unlautere Handlungen von Einzelhandelsgeheimnissen zurechtzuweisen und verfolgt wurden, er trug auch dazu bei, daß die Bestimmungen über dieses umfangreiche und äußerst schwierige Gebiet in dem Kreise seiner Mitglieder gut bekannt und somit auch befolgt wurde. Es konnte also manche Unannehmlichkeit vermieden und verhütet werden. Ein besonderer Wettbewerbsausschuß sorgte für gewissenhafte Durchführung. Auf die Bestimmungen im Ausverkaufswesen wurde öfters hingewiesen.

Der Verein hat immer gern mit andern Berufsvereinen und Verbänden enge Fühlung gehalten und schloß sich somit auch größeren Korporationen an, nahm an Verbandstagen teil, die stets wertvolle Anregungen für die hiesige Vereinsarbeit gaben. So besuchte im Auftrage des Vereins schon am 26. November 1908 der Vorsitzende den Verbandstag des Verbandes „Selbständiger Kaufleute Ostpreußens“, ferner im Jahre 1909 die Sitzung der Lager- u. Berufsvereine in Berlin, 7.-9. August 1910 den Verbandstag selbständiger Kaufleute in Allenstein; 6.-7. August 1911 den Verbandstag in Goldap.

Dann kam der Krieg, der eine vollständige Umwälzung mit sich brachte.

Der Weltkrieg mit seinen ungeheuren wirtschaftlichen Begleiterscheinungen lastete schwer auf der allgemeinen Wirtschaft. Die unmittelbare Nähe der Grenze, die Abschüttung während des ersten Kriegesjahres machten fast jede größere Disposition unmöglich, da jeder Tag eine vollständige Veränderung bringen konnte. Die Einberufung vieler unserer Mitglieder und deren kaufmännischen Angehörten zum Heeresdienst legte die Verwaltung der Geschäfte in die Hände der alten Herren und der Frauen, die sich auf ihren Posten alänzend bewährten. Die Vorschriften der Reichsbesoldungsstelle und anderer Heeresverwaltungen lähmten den Handel, von den Beschlagnahmen Waren wurden nur kleine Mengen dem freien Verkehr überlassen.

Der März 1915 brachte durch die Besetzung Memels mit russischem Landsturm nicht nur Schrecken und Aufregung, es wurden auch eine Anzahl Geschäfte geplündert. Erstens schien gefährdet, tatkräftig griff der Verein der Detailisten für seine Mitglieder ein und ordnete in vorzüglicher Weise die in Betrieben angerichteten Schäden. Bereits im Sommer 1915 kamen die ersten gesetzlichen Preisbestimmungen, die eine freie Bestimmung über das Eigentum im eigenen Geschäft stark einschränkte. Durch den immer größer werdenden Warenmangel wurden die Geschäfte ungünstig beeinflusst. Die Preise stiegen in der nächsten Zeit von Tag zu Tag, die Dispositionen des gewissenhaften Kaufmanns wurden immer unsicherer. Hinzu kam

die ungeheure Fülle der Bekanntmachungen und Verordnungen,

die die Wirtschaft und den Einzelhandel tagtäglich bedrückten. Diese Gesetze zu kennen und richtig anzuwenden, war fast unmöglich, umso mehr, da sie sich gegenseitig immer ergänzten, wieder einschränkten oder revidierten. Einzelne Bestimmungen haben sich aber doch dem Gedächtnis eingepreßt; sie haben den Verein noch recht lange in der Nachkriegszeit beschäftigt und deren Beseitigung hat viel Mühe und Sorgen bereitet. Es seien hier nur erwähnt

die Preisbeschränkungsverordnungen, die Beschlagnahme von Waren jeglicher Art, die ältere Kennzeichnung von Waren, der Preisstempelzwang in den Auslagen, die Festsetzung von Höchstpreisen, die Einführung von Bezugsscheinen.

Der

Friedensschluß

Herbst 1918 brachte durch die Umwälzung auf politischem Gebiet auch gewaltige Veränderungen in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Warenbeschaffung kam wiederum in andere Bahnen, die Warenknappheit war enorm, die Preise stiegen auf ungeahnte Höhen, die Abwidlung der Geschäfte ging zum Teil in andere Hände über, die Kaufleute im alten Sinne konnten ihre Geschäfte kaum noch führen. Für den „Verein der Detailisten“ erwuchs eine große Arbeitsleistung, als die von dem Reich z. B. beschlagnahmten Waren, zum größten Teil aus der Textilbranche, dem Publikum wieder zugeführt werden sollten; der Warenknappheit wurde dadurch wenigstens etwas abgeholfen. Der Verein hat diese Aufgabe hervorragend erledigt. Die Verteilung an die verschiedenen Geschäfte geschah in gewisshafter Weise. Zur Illustration, was für Waren zum Vorschein kamen und wie groß die Knappheit war, ist es interessant, daß der Vorstand in seiner Sitzung vom 25. März 1919 es ablehnte,

aus alten freigegebenen Sonnenvorhängen Leibwägen für die Kommunalverwaltung herzustellen.

Bei der vollständigen Veränderung der Werte traten die Angehörten mit Ansprüchen hervor, deren Erfüllung Erhebungen des Wirtschaftslebens mit sich gebracht hätten. In langen Verhandlungen, die unser Verein führte, wurden die Tarife festgelegt und abgeschlossen, öfters wurde dabei seitens der Angehörten mit Streik gedroht. Es ist eine eigenartige Empfindung, die sich heute dem Wirtschaftler aufdrängt, wenn er jetzt an diese Zeit zurückdenkt.

Durch die Verhältnisse gezwungen, wurden die Arbeitszeiten immer kürzer, die Geschäfte waren nur noch von 9 bis 1 und von 3 bis 6 Uhr geöffnet.

Große Unannehmlichkeiten bereiteten auch die Grundzüge der Buchergerichte. Immer wieder tauchte die Frage auf, ob ein übermäßiger Gewinn im Sinne der Preisbremsen-Verordnung vorliege. Der inneren Geldentwertung wurde in den Jahren 1919-1921 kaum Rechnung getragen. Erst später drang die Erkenntnis durch, daß der Wiederbeschaffungspreis zur Erhaltung der Existenz maßgebend sein müsse.

Um all diese Arbeiten zu bewältigen, mußten viel Mühe und Zeit geopfert werden. Bei solch umfangreichem Material und der damit verbundenen Arbeitsleistung hatte man in der Memeler Kaufmannschaft eingesehen, daß mit dem Kleinhandel gerechnet werden muß. In der Korporation der Kaufmannschaft waren wir leider nur schwach, so versuchten wir in der neuen Vertretung der Kaufmannschaft selbstverständlich einen größeren Einfluß zu gewinnen. Bei der Umwandlung der Korporation der Kaufmannschaft in die Handelskammer beanspruchten wir mit Recht eine der Zahl unserer Betriebe entsprechende Anzahl von Vertretern. Die Struktur der Handelskammer wurde aber anders aufgezogen; wir versigten seitdem in dieser amtlichen Organisation über die gleiche Anzahl Vertreter wie die anderen Wirtschaftsprüfungsgremien des Handels. Wir müßten aber heute ansprechen, daß uns von der Kammer stets das größte Interesse, Verständnis und Bereitwilligkeit zur Durchführung unserer Wünsche und Bestrebungen, seitens ihrer sämtlichen Organe, gezeigt wurde, die jeweiligen Präsidenten haben uns immer bestens unterstützt, die Sachdi in jeder Zeit bei der Mitarbeit in ausdauernder Weise gehalten; unsern besten Dank bringen wir heute gern zum Ausdruck. Die Mitglieder unserer Gruppe in der Kammer haben auch stets auf ihren Posten, sei es im Präsidium, sei es in den vielen Kommissionen, regem zum Wohle des Handels mitgearbeitet.

Die wichtige der Kleinhandel für die Kammer ist, bezeugt aber, daß im Jahre 1928 ein besonderer Kleinhandelsausschuß, bestehend aus — außer den sieben Mitgliedern der Kammer — sechs Mitgliedern aus Memel, vier Mitgliedern aus Hendeberg und drei Mitgliedern aus dem Kreise Poggen, vorgeschlagen wurde, der jeweils bei besonders wichtigen und einschneidenden Fragen zusammenberufen und gehört wird.

Als am 10. Januar 1920 der Antrag von Versailles und damit die

Abtrennung des Memelgebiets

in Kraft trat, wurde die Kaufmannschaft vor vollständig neue Aufgaben gestellt, deren Bewältigung ungeheure Arbeitsleistungen erforderte. Es ist bezeichnend, daß in unserem Geschäftsjahr 1920/21 außer vielen Kommissionsauftragungen 15 Vorstandsauftragungen und 15 Mitgliederversammlungen stattfanden. Am einschneidendsten war die Umwandlung der Umsatz- und Luxussteuer, die damals 1 1/2 resp. 15 Prozent betrug, in einen Einfuhrwertzoll. In unserem Jahresbericht vom 11. April 1921 heißt es darüber:

„Als im Juni 1921 die neue Verordnung mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1920 plüßlich veröffentlicht wurde, waren wir uns darüber klar, daß dieses eine übergroße Belastung des Handels bringen würde. Wir haben sofort den Kampf aufgenommen. Beschwerden, Rücksprachen bei den Behörden und die gemachten Gegenwärtigkeiten führten nach halbjährigem Kampf endlich zum Ziel, daß die Verordnung zurückgezogen und wir ein System erhielten, das dem Staat die notwendigen Mittel zuführte und zugleich für den Handel eine gerechte Besteuerung wurde.“

Nun waren

die Zollfragen

ins Rollen gekommen. Immer wieder mußte aufklärend, sowohl beim Publikum, besonders aber in

den Kreisen der Kaufleute gewirkt werden. Neue Probleme tauchten auf; über eine Zollunion wurden im Jahre 1922 langwierige Verhandlungen geführt. Der Jahresbericht 1922 brachte eine Zoll-erhöhung auf 8 Prozent des Warenwertes.

Nach der Eingliederung des Memelgebiets in den litauischen Staat, dem Fortfall der bisherigen Zollgrenze gab es neue Veränderungen. Aus dem Wertzoll wurde der Gewichtszoll. Die ankommenden Sendungen konnten wegen der noch nicht eingearbeiteten Beamtenstaffel, der unzulänglichen Räumlichkeiten usw. nur langsam abgefertigt werden. So häuften sich z. B. Tausende von Paketen bei der Post an. In entgegenkommender Weise nahm die Zollbehörde unsere Hilfsdienste an, und wir trugen zur Organisation und besseren Abwicklung des Paketverkehrs wesentlich mit bei. Wie geistlich das Zusammenarbeiten mit der Zollbehörde war, beweist, daß unsere Vertreter im Jahre 1925 an 66 Kommissionsauftragungen mit beratender Stimme teilnahmen; ihr Urteil wurde seitens der Zollverwaltung gern entgegengenommen. Die Handelskammer veranstaltete unter besonders reger Mitwirkung unseres Vereins eine mehrwöchentliche Ausstellung, bei der in statistischer Art an jedem einzelnen Stück die Höhe der Zollbelastung vor Augen geführt wurde. Seitens der Staatsbehörde wurde diese Veranstaltung mit großem Interesse verfolgt; den Erfolg einer Zollunion hat sie aber nur in geringem Maße gehabt. Das Jahr 1926 brachte uns die

Einführung des Plombenzwanges.

Bei der Nachplombierung der Waren wurde uns weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, wie wir überhaupt gern an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, daß bei den hiesigen Verwaltungsstellen und im direkten Verkehr mit den Zoll- und Postbehörden unseren Wünschen oft in bereitwilligster Form Rechnung getragen wurde.

Die vielen Klagen beim Urteil wollten bis 1926 fast kein Ende nehmen; Sendungen wurden betraubt und die Waren oft in größter Unordnung abgeliefert, sie waren beschädigt oder entwertet. Unserem energischen Eingreifen war eine wesentliche Besserung zu verdanken. Durch die Einrichtung der Artellischen Kommission bei der Handelskammer wurde eine Instanz geschaffen, die fast alle diese Mängel behob.

Aus den größeren Arbeiten möchte ich noch erwähnen, daß durch unsere Mitarbeit die große Ausstellung im Juli 1927 in Memel mit einem solch schönen und großzügigen Aufbau geseigt werden konnte.

Die Verabsicherung der Preise für Licht und Kraftstrom im Handelsgewerbe, die Umänderung der Marktordnung und viele andere Dinge sind noch immer ungelöste Probleme.

Wenn ich noch auf unsere Tätigkeit in der Gewerbe

berufener

eingehet, so will ich mich hierin sehr kurz fassen. Gerade diese Steuer hat in Memel zu einer gewaltigen Ueberspannung geführt, betrug doch die aufzubringende Summe im Jahre 1928/29 schon 400 000 Lit und wurde dann bis zum Jahre 1930 sogar auf die enorme Höhe von 1 100 000 Lit gesteigert.

Auf Grund der eigenartigen Konstruktion der Veranlagung, daß außer dem Ertrag die gezahlten Mieten und Zinsen auch für geborgte Gelder und das Anlage- und Betriebskapital unvermindert verrechnet werden müssen, macht sich deren Auswirkung ganz besonders im Kleinhandel sehr schärfelbar. Von vielen Geschäften müssen Summen aufgebracht werden, die ein Vielfaches der in der Vorfrühjahrszeit gezahlten Beträge ausmachen, oft das Sechsfache bis Achtfache. Wir mußten also im Interesse der Wirtschaftlichkeit der Betriebe wie auch im Interesse der Allgemeinheit gegen diese Steuer sehr scharf Stellung nehmen. Es war eine mühselige langjährige Arbeit. Erst im letzten Jahr ist es uns, in Verbindung mit den interessierten Vereinen und Verbänden, gelungen, auch dank des tatkräftigen Eingreifens unseres Oberbürgermeisters Dr. Brindlinger, einen wenn auch nur geringen Erfolg zu erzielen.

Aus diesen, wenn auch nur kurz unruhigen Ausführungen bekommen Sie wenigstens einen kleinen Einblick in die Tätigkeit unseres Vereins. Sie sehen, daß wir in rastloser und oft erfolgreicher Tätigkeit arbeiten. Die Erwartungen, die bei der Gründung vor 25 Jahren gehegt worden sind, haben sich in vollem Umfang erfüllt und es ist unsere hohe Aufgabe, auf diesem Wege weiter zu schreiten und die Arbeit in der bisherigen Weise fortzusetzen. Uns erwarten aber auch für die Folge nicht weniger schwierige Aufgaben. Wir müßten daher an die Staats- und Landesbehörden die Bitte aussprechen, auch in Zukunft, wie bisher, den berechtigten Wünschen unseres Vereins und unseres Standes ein offenes Ohr zu leihen. Ebenso müssen wir auch heute an unsere Mitglieder und Standesgenossen den Appell richten, trenn zu ihrer Organisation zu stehen, damit wir unsere Arbeit in der bisherigen Weise fortführen können, zum Wohle unserer Mitglieder, zum Wohle des Einzelhandels und der gesamten Kaufmannschaft und zum Wohle der Allgemeinheit. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Den Reigen der

Grafulanten

eröffnete der Gouverneur

Minister Merlys

Die Feyer des Detailistenvereins sei ein Zeichen von Beständigkeit und guter Tradition. Dem Detailisten falle unter den Kaufleuten eine ganz besondere Aufgabe zu; er sei mit den kleinsten Kriterien im lebenden Organismus zu vergleichen. Der Gouverneur gab dem Wunsch Ausdruck, der Memeler Detailistenverein möge bei der Gründung ähnlicher Vereine in Großlitauen, für die man bisher noch nicht die Zeit und die Möglichkeit gefunden habe, als Vorbild dienen, und er schloß mit einem Hoch auf den feiernden Verein. (Starker Beifall.)

Der

Präsident der Handelskammer Konrad Jahn

unterstützt zunächst mit Nachdruck die erfolgreiche Arbeit, die der Verein in den ersten 25 Jahren seines Bestehens geleistet hat. Die Mehrzahl der Anwesenden werde es kaum wissen, wie schwer es sei, einen solchen Verein erfolgreich zu leiten. Der ersten zehn Jahre hindurch habe das Herr Kadageln getan, die nächsten fünfzehn Jahre die Dna. (Schluß des Berichtes z. Seite Hauptblatt)

Panasten gegen das zersplitterte Europa

Der japanisch-chinesische Krieg nur als Mittel zum Zweck der Vereinigung

—ver. Zu den vielen Pressebetrachtungen aus berufener und unberufener Feder über die immer weitere Kreise ziehenden Vorgänge in Ostasien gestellt sich nun eine im „Kurjer Warszawski“ vom 14. Februar veröffentlichte Abhandlung Osenski, des Verfassers des vor mehr als einem Jahrzehnt erschienenen, damals hochfunktionalen, inzwischen freilich auch schon mehrfach angegriffenen Buches „Tiere, Menschen und Götter“. Immerhin kann Osenski bis zu einem gewissen Grade als Asienkenner gelten, dessen jüngste Ausführungen hier in Kürze wiedergegeben seien. „Japans Sendung in Asien ist offensichtlich in der Belebung der Politik, Kunst und Ethik des uralten Gedankens der Einigkeit Asiens zu suchen.“ Das ist ein Ausdruck des in Japan populären Philosophen Datsura (Kofuzo) und die Daintessenz seines jüngst in französischer Uebersetzung erschienenen Buches „Die Ideale des Orients: Japans Erwachen“. „Wie aber ist das zusammenzureimen: die angeerbte Vereinigung Japans bei gegenwärtigem Krieg? Ist das nicht ein Paradoxon?“ fragt Osenski, der jedoch um die sofortige Antwort nicht verlegen ist. Nur scheinbar sei der Widerspruch. In dem Japan die separatistisch eingestellte, ihm unbedingt nötige Mandchurie von China abtrenne, gehe es keineswegs ab von seinem Endzweck, das schon seit Jahren im Innersten erschütterte Reich der Mitte zu konsolidieren. Dazu gehöre auch die Vernichtung der Politik dreißigjähriger Abenteuer, darunter unehrer Generalle, die nach napoleonischem Ruhm strebten, auch solcher Diplomaten, die nach angelsächsischen Weisungen handelten, also jenen Mächten nachließen, deren Tyrannen im Friedenskonferenz nach den Worten des japanischen Publizisten und radikalen Politikers Kawakami „Menschen und Götter zertrümmert“ hätten. Japan wolle die wer weiß von wem ins Leben gerufenen und durch wen verkörperten Regierung stürzen, um Millionen von zivilisierten Japanern den Weg nach dem Kontinent zu bahnen und zusammen mit den Chinesen das große Werk der Vereinigung der asiatischen Völker einzuleiten, des einzigen Werks, das für die 490 Millionen Chinesen verständlich sei und ihnen nahestehe.

Diese Denkwiese mag im ersten Augenblick, herrscht doch jetzt Krieg zwischen den beiden großen Asienmächten, verblüffend erscheinen. Aber man hat mit dem Europäer schwer verständlichen Logik des Asiaten zu rechnen, der wenig oder nichts tragisch nimmt, jedoch unentwegt auf das Endziel hindrängt und Zeit genug findet, wenn nicht in Jahren, so doch in Jahrzehnten es zu erreichen. Ein Zusammengehen der Japaner und Chinesen wäre demnach früher oder später gar nicht ausgedacht. Man denke nur an Preußen-Norddeutschland und Österreich-Süddeutschland vor und nach 1866. Ob aber Japan und China rassistisch, oder auch nur ideell und kulturpolitisch so eng zusammenhängen, wie Nord- und Süddeutschland, ist eine Frage, auf die nur das künftige Geschehen Antwort geben kann. Um nun auf Osenski zurückzukommen, sei erwähnt, daß auch die Notwendigkeit der japanischen Ausbreitung auf wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Gründe zurückführt, um alsdann auf die Beziehungen des Inselreiches zu den drei mehr oder weniger asienfremden Mächten einzugehen. Das sind Rußland, England und Amerika. Den Gegensatz zwischen Japan und diesen Großmächten findet Osenski natürlich und seine frühere oder spätere Zuspitzung und Austragung unvermeidlich. Warum erhebt Rußland keinen Einspruch, daselbe Rußland, das schon Auge in Auge zum Rißler der gelben Rasse steht? Die Sowjetunion läßt sich eben von Zweckmäßigkeitgründen leiten. Gegenwärtig hat sie es mit einer Atempause zu tun, bis es Japan gelungen sein wird, die Wellen des erregten chinesischen Meeres zu bekämpfen, sich vor den Protesten des Völkerbundes, der europäischen Admirale und Konsuln zu schützen, die von der Wankung-Reede aus befristet auf das brennende Schanhai und Nanjing blicken, um alsdann — aber wer vermag das genau zu überblicken? — Möglichkeit hat Japan seine Kräfte übersehen und erreicht sein Endziel nicht, wiewohl das jetzt weniger wahrscheinlich ist als der Erfolg. In Tokio nämlich hat man auf das Feinliche und Genauste alles erwogen: Europas Schwächezustand, die niederdrückende Krisenwelle, den Gegensatz der Parteien, den Kampf der Geister und das mangelnde Vertrauen in allem, was die weiße Rasse zusammengefaßt hat. Sollen in Japans Vorausberechnungen nicht grundsätzliche Fehler liegen, so wird Rußland über kurz oder lang vom asiatischen Festland verdrängt, von Mongolen, Türken, Sarten, Kirgisen, Mandchuren zerstückt. Oder aber Rußland schließt sich dem Kreis der Asiaten an, wovon viele Emigranten träumen, die damit nun auch in der sowjetischen Ideologie auf Verständnis stoßen. Das wäre die Verwirklichung des eurasischen Gedankens.“

Europa-Asien ergibt dem eurasischen Begriff, natürlich mehr in Osteuropa, insbesondere Rußland, dessen asiatische Interessen gerade unter der Sowjet Herrschaft Jahr für Jahr an Bedeutung gewonnen haben und durch den ostasiatischen Krieg noch sichtbar in den Vordergrund gerückt sind. Ob aus den Erwägungen Osenski nicht doch auch der uralte polnisch-russische Gegensatz spricht, sei hier im Interesse vollständiger Unvoreingenommenheit lediglich als nachliegende Frage angedeutet. Immerhin, die zunehmende Asiatisierung Rußlands, schon seit der jüngsten Jahrhundertwende deutlicher hervortretend, ist eine bekannte Tatsache, an der Europa nicht gleichgültig vorübergehen kann. Trotzdem bleibt, da Völker nicht so schnell ihr Gesicht zu wechseln pflegen, die Frage bestehen: wird Rußland sich schnell genug asiatisieren oder hat es, mit ihm schließlich aber auch das ganze zersplitterte Europa, vor dem Abschluß dieses Prozesses den Anprall der panasiatischen Woge zu erwarten? Mehr spricht im Augenblick für die letztere Möglichkeit.

Vorbereitungen für die Völkerbundesversammlung

wtb. Genf, 27. Februar. Die Vorbereitungen für die am nächsten Donnerstag zusammen tretende außerordentliche Völkerbundesversammlung sind in vollem Gange. Im Augenblick wird über die Wahl des Präsidenten verhandelt, für die der belgische Außenminister Symons ansetzend die größten Aussichten hat, und über die Beteiligung der Nichtmitglieder des Völkerbundes, also insbesondere der Vereinigten Staaten und Rußlands. Wahrscheinlich werden diese Staaten in einem von der Versammlung einzusehenden Ausschuß Delegierte entsenden.

Ein Blick auf das Universum

Die Stellung und Bedeutung der heutigen Wissenschaft
Aus einer Unterredung mit Geh. Rat Professor Dr. phil. Max Planck

Wir leben in einer seltsamen und unsicheren Welt. Alle Kulturen scheinen durch eine allgemeine Krise bedroht zu sein, die dem öffentlichen und dem Privatleben das Gepräge des Zweifels und des Schwankens verleiht. Manche Leute wollen darin die Anzeichen eines riesigen Aufschwunges erblicken. Andere sehen darin die Vorboten des unvermeidlichen Verfalls. Nicht allein in der Religion und der Kunst, sondern auch in der Wissenschaft werden fast alle Gebiete von diesen Zweifeln erfaßt, und oftmals triumphiert der Unsin über die Vernunft, so daß man sich veranlaßt sieht, die ewige Frage zu stellen, ob es etwas wie eine Grundwahrheit gibt, die man dem alles zerstörenden Skeptizismus als Bollwerk entgegenstellen kann. Die bloße Logik, die sich in ihrer reinsten Form in der Mathematik herauskristallisiert, vermag dieses Problem nicht in befriedigender Weise zu lösen. Denn die Kette der durch Logik miteinander verknüpften Schlussfolgerungen gibt nur dann einen festen Halt, wenn sie an einem sicheren Ausgangspunkt befestigt ist. Aber wie sollen wir den dauerhaften Untergrund finden, auf den das System der Natur und das Weltall beherrschenden Gesetze aufgebaut werden kann? Wir möchten zu der Annahme neigen, daß es der Physik, als der exaktesten unter den Naturwissenschaften, möglich ist, den Weg zu einer Antwort zu weisen. Aber auch sie wird von Zweifeln erschüttert; alle Grundgesetze, die bisher als unerschütterliche Wahrheiten galten, das Gesetz von Ursache und Wirkung einbezogen, werden in vielen Fällen gelehrt.

Der Glaube ist ein unentbehrlicher Führer auf dem Wege zur Kenntnis der Fernen und der Geheimnisse der Umwelt, nicht der Glaube in dogmatischem Sinne, sondern die feste Zuversicht, daß die Entschleierung — wenn auch nur teilweise — der Wahrheit im Laufe der Zeit immer mehr gelingen wird. Die Quelle aller Wissenschaft und Erkenntnis ist die persönliche Erfahrung; in der physikalischen Welt gelangen wir dazu durch unsere Sinne. Was wir hören, sehen, fühlen, ist unmittelbar und sichere Wirklichkeit. Es erhebt sich die Frage: Ist die Aufgabe der Physik erfüllt, wenn wir lediglich die Ergebnisse der persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen zu einem System vereinigen? Der Positivist glaubt, das Wissen beschränke sich auf das, was wir mit den Sinnen wahrnehmen können; für metaphysische Spekulation ist hier kein Raum.

In der Physik wie in anderen Wissenschaften herrscht aber nicht der Intellekt allein, sondern auch die Vernunft. Was durch Logik überzogen ist, nicht mit Notwendigkeit auch vernünftig. Die Vernunft lehrt, daß unsere Erde mit allen ihren Bewohnern ein Nichts ist im Vergleich zu dem

unermesslichen Kosmos, dessen Gesetze unabhängig sind von dem, was ein winziges menschliches Hirn erdenkt; sie herrschten lange vor der Geburt der Menschheit, und sie werden noch bestehen, wenn der letzte Gelehrte die Erde verlassen hat.

Vom Standpunkte der intuitiven Vernunft gesehen ist die vermehrte Kenntnis des Alls das Ideal und das höchste Ziel der physikalischen Wissenschaft. Die Kraft unserer Sinne und unserer beobachtenden Instrumente reicht jedoch nicht aus, um die unendlich fernen Welten zu erreichen. Zu diesem Ziel vermögen wir nur durch mittelbare Methoden zu gelangen, ähnlich denen des Sprachforschers, der das in einer unbekannten Sprache geschriebene Dokument zu entziffern hat. Die letzte Phase der wissenschaftlichen Entwicklung ist durch das Streben nach Abstraktion gekennzeichnet. So kann die heutige Optik in der Tat die Sinne ausschalten.

Der Positivismus besitzt eine gesunde, aber zu schmale Grundlage. Das höchste Ziel der Wissenschaft kann nur erreicht werden, wenn diese Grundlage eine Erweiterung erfährt und über das Zufällige und Persönliche hinausgeschoben wird. Dies jedoch läßt sich niemals durch formale Logik erreichen, sondern nur durch einen Sprung in das Gebiet der Metaphysik. Wir müssen von der Annahme ausgehen, daß es noch eine andere wirkliche Welt gibt, die wir durch unsere Sinne und Beobachtungsinstrumente nicht direkt erreichen können. Wir dürfen nun fragen: Jagt die Wissenschaft einem Phantom nach, wenn sie einem Ziel zustrebt, das niemals völlig erreicht werden kann? Nein. Große Ergebnisse lassen sich nur durch Forscher erzielen, die keine Hindernisse scheuen; denn das Suchen nach der Wahrheit gibt auf die Dauer größere Befriedigung als der Besitz selbst. Eine vollkommene Theorie würde die denkbar innigste Vereinigung der wirklichen fernen Welt und der Beobachtung unserer Sinne herstellen. Die wichtigste Voraussetzung für solch eine Theorie ist, daß sie keine logischen Widersprüche enthält; im übrigen ist der Schöpfer einer Theorie so frei wie der Vogel in der Luft; er darf nach Gutdünken seinen Eingebungen folgen. Die Spekulation ist schon bei der Zusammenstellung der Ergebnisse der Erfahrung und der Beobachtungen tätig. Jede Entdeckung setzt persönliche Erfahrung und gedankliche Einbildungskraft voraus.

Physikalische Probleme ändern ihre Gestalt in Uebereinstimmung mit den Fortschritten der Wissenschaft. So hatte das Streben, Quecksilber in Gold zu verwandeln, zur Zeit der Alchemie seine wirkliche Bedeutung, verlor sich aber nach dem Aufkommen der Lehre von der Unveränderlichkeit der

Das Land der unbegrenzten Wohltätigkeit

Ueber 400 Millionen Dollar Spenden in U. S. A. — Wohltun ist Reklame — Die New Yorker Polizisten an der Spitze

In Amerika gibt es bekanntlich keine öffentliche Arbeitslosenunterstützung. Wenn auch viele Gemeinden, darunter New York, sich angeht, der immer größer werdenden Not unter dem Ende Januar auf über 10 Millionen veranschlagten Erwerbslosen zu einmaligen geldlichen Zuwendungen neben großzügigen Speisungen entschließen müssen, so ist doch in großen und ganzen die Unterhaltung der Erwerbslosen der privaten Initiative vorbehalten. Dementersprechend hat die Wohltätigkeit in Amerika riesige Ausmaße angenommen, wobei allerdings zu bemerken ist, daß der Begriff Wohltätigkeit eine ganz andere Paß hat wie in Europa. Das Ausmaß der Stiftungen vermögender Familien ist schließlich entscheidend für ihre gesellschaftliche Stellung und insbesondere auch für ihren Kredit bei geschäftlichen Transaktionen. Summen für Stiftungen, die selbst bei den größten und besthabendsten europäischen Unternehmen in den besten Zeiten eine glatte Unmöglichkeit bedeuteten, bilden deshalb in den amerikanischen Großbetrieben einen Teil des Reklamekettels. Bei den reichen Privatleuten sind sie ein Ausgabenposten, gleichbedeutend mit Ausgaben für Kleidung. Natürlich werden die Stiftungen laufend in den Zeitungen namentlich bekanntgegeben.

Aber neben dieser Wohltätigkeit der Wohlhabenden, haben die Stiftungen zugunsten der Erwerbslosen unter der Bevölkerung riesige Ausmaße angenommen. Es häufen sich die Fälle, in denen die gesamten Belegschaften großer Betriebe, wochenlang fünf oder zehn Prozent ihres Lohnes stützen, es hat gerade in diesem Winter ein gewisser Wettkampf zwischen bestimmten Betrieben um die höchste Stiftungssumme pro Kopf der Belegschaft eingeleitet, der in gewisser Hinsicht ipso facto zu werten ist. Seit Mitte vorigen Jahres haben die Spenden zugunsten wohltätiger Zwecke, vor allem zugunsten der Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten nach der Schätzung eines großen New Yorker Magazins die Reklamesumme von rund 410 Millionen Dollar angenommen. In der Union gibt es rund 80 Organisationen, deren Verwaltungen fast ausschließlich ehrenamtlich tätig sind, die mit diesen Mitteln im Dienste der Erwerbslosenfürsorge stehen.

Eine interessante Aufstellung über die Stiftungen bestimmter Gesellschaften und Organisationen ist kürzlich erschienen. So hat ein großer Automobilfabrikant seit August 1931 Sach- und Geldstiftungen in Höhe von insgesamt 9 Millionen Dollar gemacht, eine andere Gesellschaft über 12 Millionen Dollar, auch aus der Filmindustrie sind Millionenbeträge der Erwerbslosenfürsorge zugeflossen. Das Ergebnis eines Wohltätigkeitsfestes der „Big Hundred“ im neuen Astoria-Hotel, wo alle ganz Großen der Weltwirtschaft versammelt waren, war das Zustandekommen eines Fonds in Höhe von über 4 Millionen Dollar.

Relativ am meisten haben in diesem die New Yorker Polizeibeamten für die Erwerbslosen getan. Seit September 1931 haben die rund 18.000 Polizisten der Submetropole die Reklamesumme von annähernd zwei Millionen Dollar gesammelt, das macht pro Kopf also mehr als 100 Dollar. Allerdings muß man berücksichtigen, daß die New Yorker Polizisten recht gut verdienen — nach dem kürzlich vorgenommenen Anbau noch immer durchschnittlich über 3000 Dollar jährlich.

Um die Erwerbslosen über den schweren Winter zu bringen, sind nach von amtlicher Seite angestellten Berechnungen noch mindestens weitere 500 bis 600 Millionen Dollar notwendig. Es scheint zweifelhaft, ob es der privaten Initiative gelingt, diese Reklamesumme aufzubringen, so daß wahrscheinlich der Staat eingreifen muß.

Aus 8 Monaten Gefängnis wurden 2 1/4 Jahre Zuchthaus

enb. Breslau, 27. Februar. Das Oberlandesgericht Breslau verurteilte als Berufungsinstanz den polnischen Händler Kukul wegen versuchten Landesverrats zugunsten Polens zu 2 Jahren 3 Monaten Zuchthaus unter Aushebung des ersten Urteils, das auf 8 Monate Gefängnis lautete. Die ihm zur Last gelegten Straftaten hat der Angeklagte in den Jahren 1927—1931 an mehreren Orten in Oberschlesien begangen.

Atome. Dann entdeckte jedoch Niels Bohr, daß die Atome von Quecksilber und Gold sich nur durch ein einziges Elektron voneinander unterscheiden; damit ist diese Frage auch neue zeitgemäß und ein Ziel der wissenschaftlichen Forschung geworden. So führt die planlose Goldmacherei zur modernen Chemie hinüber; die Unmöglichkeit des Perpetuum mobile veranlaßt die Entdeckung des Gesetzes von der Erhaltung der Kraft; und die absolute Bewegung der Erde gab den Ausgangspunkt für Einsteins Relativitätstheorie, die für die physikalische Wissenschaft einen erheblichen Fortschritt bedeutete.

Mein Führer ist immer der Glaube an eine in der Natur ewig herrschende Ordnung gewesen. Alle Gelehrten stützen sich auf irgend eine Grundwahrheit. Abgesehen von der unbedingten Anwendbarkeit des Gesetzes von Ursache und Wirkung glaube ich, daß die beiden Grundgesetze von der Energie und der Wärme richtig sind. Als ich sie auf meine Beobachtungen anwandte, ergab sich ein Widerspruch mit den überlieferten Lehren der klassischen Physik. Ich kann dies am besten an einem Wasserstrahl deutlich machen, der aus einer Höhe strömt. Wenn wir an dem Strahl drehen, fließt das Wasser immer dünner und fällt schließlich nur noch in einzelnen Tropfen nieder. Die Größe aller Tropfen ist die gleiche; der Unterschied besteht nur darin, daß sie langsamer oder schneller fallen. Dasselbe trifft auf die Energie der Strahlen einer bestimmten Farbe zu, die ebenfalls sich in Tropfen von ganz bestimmter Größe auflöst, wenn die Strahlung immer schwächer wird.

Zuerst schien es, als seien damit die Gesetze der klassischen Physik allesamt umgestoßen. Heute wissen wir, daß es lediglich ein Prozeß der Verallgemeinerung, nicht aber eine Zerstörung ist. Auf das Universum angewandt bedeutet das: Jeder Stern erscheint als ein ungeheures chemisches Laboratorium, in dem die Natur unaufhörlich am Werke ist und wo die Hitze nach Gradmillionen zählt.

Eins der wichtigsten Probleme kommender Gelehrter wird das von der Energie sein. Ihre Hauptquelle, die Kohle, ist nach einer beschränkten Anzahl von Jahrhunderten sicherlich erschöpft. Man kann nur schwer vorhersehen, wie zukünftige Generationen sich hiermit abfinden werden. Es ist reichlich Energie in der Welt vorhanden, aber wir können davon einweitigen keinen Gebrauch machen. So enthält unser Tagesgestirn mehr Energie, als wir jemals zu verwenden vermögen. Man will sie u. a. auch in der Sahara konzentrieren und von dort aus über die ganze Welt verteilen. Eine andere Möglichkeit erblickt man in der Ausnutzung des Wechsels von Ebbe und Flut. Schließlich könnte die Atomzertrümmerung eine unerlöschliche Quelle physikalischer Energie abgeben. Eines Tages sind diese zur Zeit noch unmöglich erscheinenden Pläne vielleicht verwirklicht. Mein lebhafter Wunsch wäre, in vier oder fünf Jahrhunderten einen Blick auf unseren Planeten werfen zu können, um die Wunderwelt zu erblicken, in der die kommenden Geschlechter leben.

Tödlicher Zusammenstoß zweier englische Militärflieger

wtb. Malta, 28. Februar. Zwei Flugzeuge des englischen Flugzeugmutterfliegers „Courageous“ stießen bei Uebungsflügen in etwa 800 Meter Höhe aneinander. Die beiden Maschinen stürzten ins Meer. Obwohl zwei englische Kreuzer, die nur 600 Meter von der Küste Maltesa entfernt liegende Unglücksstelle abhingen, gelang es nicht, die Leichen der beiden Flieger zu finden.

7000 Berliner Brauereiarbeitern vorsorglich gekündigt?

enb. Berlin, 28. Februar. Eine Berliner Lokal-Korrespondenz behauptet, daß die Berliner Brauereien gestern 7000 Brauereiarbeiter vorsorglich zu Ende kommender Woche gekündigt habe. Die Gewerkschaften, denen von dieser Maßnahme Mitteilung gemacht worden sei, hätten die Kündigung ausgedehnt, daß es nicht zu der Massenentlassung kommen werde.

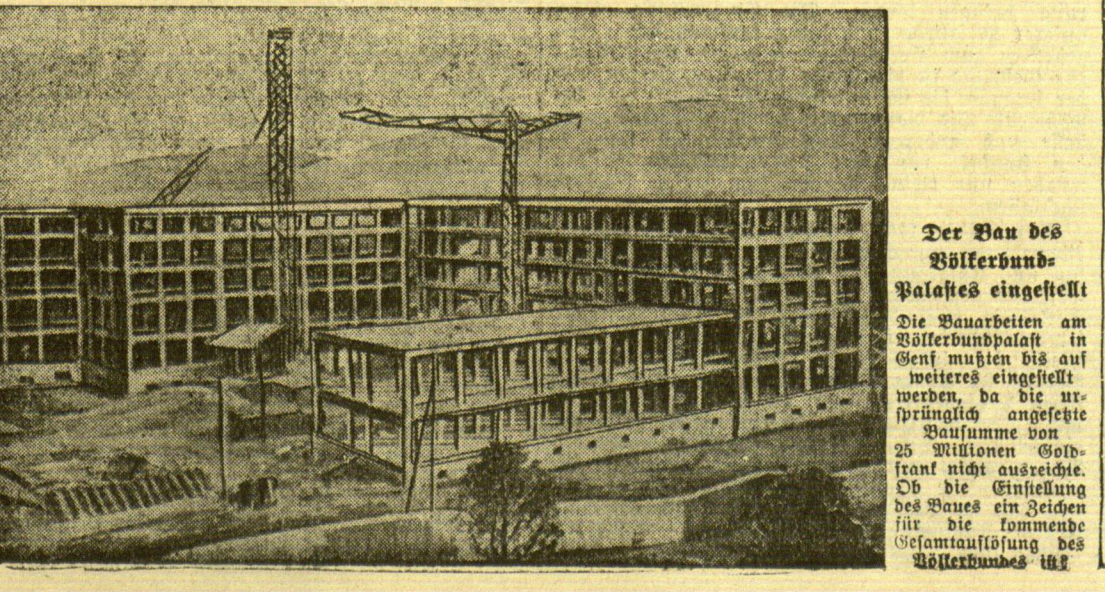
Sarrasani hat sieben Elefanten und einen Tiger eingebüßt

Brüssel, 28. Februar. Die Brandkatastrophe im Zirkus Sarrasani, der bekanntlich zurzeit in Belgien gastiert, hat nun doch noch schwere Tieropfer gefordert. Jetzt ist auch der Elefant Vera an den Folgen seiner furchtbaren Brandverletzungen eingegangen, so daß insgesamt sieben Elefanten durch das Brandunglück den Tod gefunden haben. Ebenso ist ein wertvoller Bengalischer Tiger an den Folgen einer Erkältung, die er sich in der Brandnacht zugezogen hatte, zugrunde gegangen. Der Tierbestand des Zirkus hat durch diesen Verlust eine schwere Beeinträchtigung erfahren. Trotzdem ist es Sarrasani gelungen, eine neue Elefantengruppe zusammenzustellen, so daß das Programm wieder vollständig ist und die Gastspiele damit fortgesetzt werden können.

Ein ganzes tschechisches Dorf wandert ins Gefängnis

Prag, 28. Februar. Die gesamte Einwohnerschaft des an der tschechoslowakisch-ungarischen Grenze, aber noch auf tschechoslowakischem Gebiet gelegenen Dorfes Sidog, durchweg ungarischer Nationalität, muß ins Gefängnis wandern. Im vergangenen Jahr war im benachbarten, aber bereits auf ungarischem Gebiet gelegenen Dorfe Dredeln-Palanka ein Flugzeug notgelandet. Es verbreitete sich die Nachricht, daß es der ungarische Ozeanflieger Andress sei. Das ganze Dorf überschritt im Lauschrift die tschechoslowakisch-ungarische Grenze, nicht achtend der Grenzwahe, die sich, Grenzübertrittsgebühren verlangend, entgegenstellte. Als die Dorfbewohner wieder zurückkehrten, wurden sie von der Wache aufgeschrien und es wurde gegen 282 Personen, fast die gesamte Einwohnerschaft des Dorfes, die Strafangelegenheiten wegen unberechtigten Ueberschreitens der Grenze eingeleitet. Sämtliche 282 wurden zu einer Geldstrafe von 50 Tschechokronen oder drei Tagen Gefängnis verurteilt. Nur drei der Einwohner bezahlten die Geldstrafe; die übrigen 279 wurden zum Antritt der Strafe aufgefordert. Da aber das Gefängnis der Bezirkstadt Sahy, in welcher sich das Gefängnis befindet, soviel Personen auf einmal nicht fassen kann, müssen die Einwohner von Sidog in Gruppen zu je 30 Mann ihrer Strafe abtun.

enb. Paris, 29. Februar. Briand ist für die Neuwahl zum Abgeordnetenhaus wieder in seinem bisherigen Wahlkreis als Kandidat einer linksradikalischen Gruppe aufgestellt worden.



Der Bau des Völkerbundes-Palastes eingeleitet

25 Jahre Verein der Detaillisten G. B. Memel

(Schluß des Berichts aus Beilage)

Die Eisenstadt. Wer die Herren Hennig und Eisenstadt gekannt hat, der weiß, mit welcher Liebe sie dem Verein vorgeht haben. Ich bitte Sie, sich zu Ehren dieser Herren von Ihren Plätzen zu erheben (das geschieht) und ihnen dadurch noch heute ihren Dank auszusprechen. Ein Detaillistenverein könne erfolgreiche Arbeit nur dann leisten, wenn absolutes Vertrauen in ihm herrsche, denn das liegt schon in der Eigenart des Einzelhandels begründet. Daß die Führer des Vereins so selten gewemelt haben, das ist ein Beweis dafür, daß die Arbeit erfolgreich gewesen ist und der Verein das anerkannt. Er könne nur wünschen, daß das immer so bleiben möge.

Es würde besser sein, wenn die vielen Zwitgkeiten und Schwierigkeiten politischer Art vermieden werden würden; jeder muß an seiner Stelle dazu beitragen, daß im Gebiet wieder Friede einkehrt. Friede erlaubt, Unfriede verzehrt; das habe man auch in der Handelskammer erfahren. Die Schwierigkeiten können nur dann überwunden werden, wenn man die Möglichkeit hat, ohne Bank und ohne Streit auszukommen. Er könne sagen, daß man in den letzten Jahren sehr gut vorangekommen sei.

Ein großes Sorgenkind des Vereins der Detaillisten sei der unlautere Wettbewerb. Dieser komme von den Kaufleuten, die diese Bezeichnung nicht verdienen. Es könne nicht mehr so weitergehen, daß die anständigen Kaufleute ihr Fell zum Markte tragen, vor allen Dingen auf dem Gebiete der Steuer, andere aber daneben laufen. Da müsse eingegriffen werden. (Bravo.) Der Anfang dazu müsse sein, daß jeder Kaufmann eine entsprechende Ausbildung aufweisen müsse.

Wir leben in einem Lande, das sein Budget in Ordnung hat und nicht so sehr unter der Wirtschaftskrise leidet. Trotzdem muß man sorgfältig beobachten. Unsere Industrie lahm schon sehr, und auch die Detailgeschäfte leiden darunter. Vor einigen Tagen habe er der litauischen Regierung durch den Gouverneur eine Denkschrift überreicht, in der darauf hingewiesen wird, daß alle Anfragen darauf gerichtet sein müssen, das Geld des Landes an heben, und dieses keine Beschlüssen in den Expeditionsmöglichkeiten des Landes. Es sei die wichtigste Aufgabe, das Hinterland mit dem Hafen Memels zu verbinden. Die litauische Regierung habe dieses auch erkannt; man brauche nur an die verbilligten Frachttarife für den Transport des russischen Holzes zu erinnern. Es sei dringend notwendig, diesen Weg weiter zu verfolgen, vor allen Dingen Bahnen und Kanälen zu bauen, denn die Produktionsmöglichkeiten unserer Industrie werden jetzt nur noch zu 60 Prozent ausgenutzt.

Zum Schluß wünschte der Redner dem feiernden Verein, daß die einzelnen Mitglieder unter Ausmerzung aller Elemente, die nicht dazu gehören, fest Schulter an Schulter stehen und immer solche Vorkommnisse haben mögen wie bisher. In diesem Sinne drückte er dem Vorsitzenden die Hand. (Starker Beifall.)

Landesrat Tollhus

überbrachte die Glückwünsche des geschäftsführenden Direktoriums. Er habe die Hoffnung gehabt, daß sich bei der heutigen Feier schon der neue Präsident dem Verein vorstellen können, aber das sei leider noch nicht möglich gewesen. Er, Landesrat Tollhus, habe auch gewisse Beziehungen zu dem Detaillistenverein, denn an der gleichen Stelle habe vor einer Reihe von Jahren der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Konsul Jahn, sehr lobende Worte der Anerkennung für ihn gefunden, denn er habe die große Ausstellung in Memel organisiert. Er wünsche, daß der Verein weiter den Dienst am Kunden pflegen möge, so wie die Beamtenschaft den Dienst an der Heimat ausübe. (Beifall.)

Bürgermeister Schulz

überbrachte die Grüße des Magistrats und die des Oberbürgermeisters Dr. Brindlinger im besonderen. Ihn persönlich berührt das heutige Fest außerordentlich stark. Er denke heute an die Männer, mit denen ihn seit mehr als 25 Jahren Nach- und Sacharbeit und persönliche Freundschaft verbunden habe, des lieben Otto Kadgich, des vornehmen edlen Eisenhändler und des mutigen Hennig.

Die Aufgabe der Mitglieder des Vereins dürfe sich nicht im Dienst am Kunden erschöpfen, sondern gerade der Kaufmann muß am öffentlichen Leben tätig mitwirken. Denn nur durch Zusammenfassung aller erwerbstätigen Kräfte könne das wirtschaftliche Leben im Interesse der Stadtgemeinde sich auswirken. Der Verein habe alle Kräfte mit Erfolg überwunden, und wenn hier von der ungeheuren Last der Gewerbesteuer die Rede gewesen sei, so sei gerade diese Steuer ein Zeichen dafür, wie widerstandsfähig die Kaufmannschaft sei. (Große, langanhaltende Heiterkeit.) Der Redner gab zum Schluß seiner Erwartung Ausdruck, daß die bei uns herrschenden Gegensätze durch tätige Mitarbeit aller Kreise und Schichten überbrückt werden mögen. (Starker Beifall.)

Stadverordnetenvorsteher Pierach

betonte, daß das Schlagwort von der Ausdehnung des Einzelhandels immer nur ein Schlagwort bleiben, nie aber eine praktische Verwirklichung erleben werde. Der Einzelhandel wird als Mittler immer notwendig sein. Das Geschäft bringt heute nur wenig Verdienst; der Detaillist ist kein Schnellverdiener, und wenn er das in einzelnen Fällen doch ist, dann ist irgend etwas nicht in Ordnung; vielleicht fehlen da die Pflichten. (Große Heiterkeit.) Trotzdem dürfe man nicht verzagen. Wenn es uns gut geht, dann dürfen wir nicht übermütig werden, wenn es uns schlecht geht: Kopf hoch! (Starker Beifall.)

Der Direktor des Zollamts, Mackevičius

überbrachte die Glückwünsche des Zollamts und seiner Beamten. Er wies auf die Erfolge des Vereins hin und betonte, daß die Zollbehörde und die Kaufmannschaft gut zusammenarbeiten. Wenn noch im Jahre 1925 65 gemeinsame Sitzungen der Zollbehörde und der Kaufmannschaft stattfinden mußten, so seien 1931 nur ganz wenige Sitzungen notwendig gewesen, und diese seien auf die Initiative des Zollamtes einberufen worden. Er wünsche dem Verein ein weiteres Wachsen, Blühen und Gedeihen. (Beifall.)

Der Direktor der Emissionsbank, Landsberg

betonte, daß Kreditbeschränkungen vorgenommen werden mußten, damit die Währung stabil erhalten bleibt. Er hoffe, daß bald die Kredite in dem gleichen Umfang wie früher gegeben werden

können. Weiter trat er dafür ein, daß die Kaufleute möglichst die inländischen Waren bevorzugen. (Beifall.)

Präsident Sabrowski

überbrachte die Wünsche der Handwerkskammer für das Memelgebiet. Er wünschte vor allen Dingen dem Verein auch weiterhin Vorstehende mit festem Rückgrat und weitem Blick.

Der Vorsitzende des Vereins der Kolonialwarenhändler,

Kaufmann Beise

betonte, daß im Verlauf des Bestandes zahlreiche Wünsche ausgesprochen worden sind, und er habe nur den einen Wunsch, daß diese in Erfüllung gehen mögen. Der jubelnde Verein und sein Verein hätten in gemeinsamer Arbeit manchen Erfolg gehabt, und er wünsche, daß die Arbeit in der Zukunft die Beziehungen zwischen den beiden Vereinen noch vertiefen möge. Als Geschenk des Vereins der Kolonialwarenhändler überreichte er unter dem Namen Beifall der Versammlung einen Gong.

Kaufmann Scharfetter

sprach für den Verein der Großhändler und Importeure. Ohne den Einzelhandel könne der Großhandel nicht existieren. Es gebe uns noch verhältnismäßig gut, und die Konfuzsaffäre sei bei uns noch verhältnismäßig gering. (Hier zeigte es sich, daß auch Kaufleute recht abergläubisch sind, denn mandem Munde entflohen ein beschwörendes Toi-Toi-Toi, und hier und dort wurde dreimal an den Stuhl geklopft. . .)

Russische Fragen an Japan

Wb. Moskau, 28. Februar.

(Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Der Stellvertretende Volkskommissar für Auswärtiges, Karagan, hat in diesen Tagen den hiesigen japanischen Botschafter Hirota zu einer Aussprache über einige ungeklärte Fragen empfangen.

Das japanische Kommando in Charbin habe sich an die Dschinabahn mit der Bitte gewandt, ihm 17 Züge für den Truppentransport nach Jmepo und weiter nach der Station Pogranitschnaja zur Verfügung zu stellen. Es habe dies unter dem Vorwand getan, daß das Leben von Japanern gefährdet werden solle. Dem Botschafter wurde erklärt, daß dies keine Bitte um die bisher üblichen Truppentransporte gewesen sei. Denn die Truppen sollen jetzt bis an die Sowjetgrenze transportiert werden, und das übersteige die Kompetenz der Direktion der Dschinabahn.

Weiter wurde der Vorschlag des japanischen Kommandos in Charbin an die Direktion der Dschinabahn erörtert, ein Uebereinkommen über die Transporte japanischer Truppen auf der ganzen Linie der Dschinabahn zu schließen, und zwar mit Fahrgeldermäßigung um 50 Prozent für allgemeine Truppentransporte und kostenlosen Transport der japanischen

Konsul Jahn

wünschte als Vorsitzender des Industrieverbandes dem Verein alles Gute. Er meinte, Herr Scharfetter habe in zu rohen Farben gemalt, und er möchte wünschen, daß die Widerstandsfähigkeit der Kaufmannschaft nicht so sehr in Anspruch genommen werden möge. (Starker Beifall.)

Kaufmann Jahn

danke allen Gratulanten für die herzlichen Wünsche und verlas Glückwünsche des Stadtrats Kadgich, des Direktors der Städtischen Betriebswerke Witke, des Herrn Joseph Kraus, des Verlags des „Memeler Dampfboots“ und der „Concordia“.

In einem Schlußwort appellierte auch er an die Behörden, die Widerstandsfähigkeit der Kaufmannschaft nicht auf eine zu harte Probe zu stellen, dafür aber widerstandsfähiger als bisher in den Ausgaben zu sein; eine Wendung, die von starkem Beifall begleitet war. Was die Mahnung anbetreffe, vor allem einheimische Produkte zu verwenden, so wolle die Kaufmannschaft ihr gerne Folge leisten, aber die Industrie müsse auch das herstellen, was die Kaufmannschaft brauche, und was die Preise anbetriffe, so dürfe sie den Vorschlag, der für manche Artikel 50 bis 70 Prozent des Wertes betrage, nicht so sehr in Anspruch nehmen. Wenn also die stärkere Berücksichtigung der einheimischen Waren als Forderung aufgestellt wurde, so möchte er diese Forderung als eine Forderung ansprechen. In manchen Artikeln sei schon bisher ein Erfolg zu verzeichnen.

Die Rede des Vorsitzenden, die den Festakt beschloß, klang aus in den Wunsch, daß die memelische Kaufmannschaft eine gute Weiterentwicklung nehmen möge.

Truppen, die für den Schutz der Dschinabahn bestimmt waren. Hierzu wurde dem Botschafter erklärt, daß das vorgeschlagene Uebereinkommen über die Transporte keinen technischen, sondern einen politischen Charakter trage. Es würde auch Verträge berühren, die zwischen Ausland und Japan und Rußland und China beständen. Deshalb überschreite diese Frage gleichfalls die Kompetenz der Direktion der Dschinabahn.

Hirota wurde dann die Aktivierung der Weisungen in der Mandchurei unter dem Schutze und mit direkter Unterstützung von Seiten der Japaner mitgeteilt. Es wurde darauf hingewiesen, daß diese Mitteilung nicht mit den beruhigenden Versicherungen übereinstimme, die Hirota Litwinow und Karagan gemacht habe, und die davon gesprochen hätten, daß Japan die Weisungen nicht unterstutzen würde.

Karagan hat dem Botschafter im Namen der russischen Regierung um Aufklärung über diese Fragen. Weiter hat er ihn über den neu-gebildeten Stand in der Mandchurei und dessen Charakter zu informieren.

Der japanische Botschafter versprach, wegen dieser Fragen sofort Erkundigungen bei seiner Regierung einzuziehen.

Schwedisches Altersheim in Slammen

Zwölf Tote . . .

Wb. Stockholm, 29. Februar. Durch einen Brand wurde heute früh eine Altersversorgungsanstalt in Svärdsjö in der Provinz Dalecarlien vernichtet. Zwölf Personen fanden dabei den Tod. Das Feuer entstand kurz nach 5 Uhr und griff mit ungeheurer Schnelligkeit um sich. Mehrere Insassen der Anstalt mußten sich durch die Fenster retten. Elf Personen wurden vom Rauch erstickt und eine Person verbrannte. Die Ursache des Brandes ist nicht bekannt.

Lustmord an einer Achtfährigen

Wb. Moers, 28. Februar. Die achtjährige Rudmilla Senfner wurde gestern bei Bubbreg ermordet aufgefunden. Das Kind war gestern morgen in die Schule gegangen. Als es bis zum Abend nicht nach Hause zurückgekehrt war, machte man sich auf die Suche. In einem Getrüpp wurde das Mädchen erhängt aufgefunden. Allem Anschein nach ist es ein Lustmord zum Opfer gefallen.

Ueberraschende Hausführung bei Max Sklarek

Kompromittierende Briefe und Rechnungen

cnb. Berlin, 28. Februar.

Die Staatsanwaltschaft hat während des Sklarek-Prozesses Mittelungen darüber erhalten, daß der Gesundheitszustand Max Sklareks nicht so ungünstig sei, wie es von ihm dargestellt werde. Außerdem waren Hinweise auf Briefe und sonstiges Material gekommen, die über das Leben der drei Brüder nach dem Zusammenbruch eingehend Aufschluß geben sollten. Die Staatsanwaltschaft erwirkte daraufhin einen Gerichtsbeschuß, auf Grund dessen am Sonnabend eine überraschende Aktion einsetzte. Staatsanwalt Dr. Weikensberg und der medizinische Sachverständige Professor Ringelb erschienen Sonnabend in der Wohnung Max Sklareks, der sofort von Professor Ringelb einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde. Dabei wurde festgestellt, daß Max Sklarek tatsächlich an einer schweren Herz- und Nierenkrankung leidet, die bestenfalls eine beschränkte Vernehmungsfähigkeit im Hause gestattet.

Bei der Durchsichtung der Wohnung Max Sklareks wurde ein Briefwechsel zwischen ihm und seinen Brüdern sowie mit anderen zeitigen Angeklagten des Sklarek-Prozesses, ferner bezahlte Rechnungen über erhebliche Beträge beschlagnahmt, und zwar stammte dieses ganze Material aus der Zeit nach dem Zusammenbruch des Sklarekschen Unternehmens. Die Rechnungen sollen beweisen, daß die Gebrüder Sklarek auch nach dem Krach einen nicht unbeträchtlichen Aufwand getrieben haben sollen.

Weiter Hausdurchsuchungen fanden bei Verwandten von Max Sklarek statt, wo nichts gefunden wurde. Ferner bei einem Steuerberater, der für Max Sklarek tätig war und bei dem die Korrespondenz

Fünf Wiener Banknotenfälscher verhaftet

Wb. Wien, 29. Februar. Die Polizei hat gestern hier eine Banknotenfälscherverschöpfung von 100-Schilling-Noten ausgehoben. An der Fälschungsarbeit beteiligten sich ein Student der Chemie, ein Elektrotechniker, ein Kaufmann, ein Photograph und ein Chemiker, die verhaftet wurden.



Handelsnachrichten

„Union“ Fabrik chemischer Produkte

6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien

Von der „Union“, Fabrik chemischer Produkte Stettin, wird uns mitgeteilt: In der Aufsichtsrats-sitzung vom 25. Februar wurde beschlossen, der auf den 30. März einberufenen ordentlichen Generalversammlung vorzuschlagen, lediglich auf die Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende auszuschütten und den Rest des ausgewiesenen Reingewinns von RM. 64 829.18 auf neue Rechnung vorzutragen. Nähere Begründung wird im Geschäftsbericht gegeben werden, der demnächst zur Veröffentlichung kommt.

Berliner Devisenkurse

(Durch Funkspruch übermittelt — Ohne Gewähr)

	Telegraphische Auszahlungen			
	27. 2. G.	27. 2. B.	26. 2. G.	26. 2. B.
Kannas 100 Litae . . .	41.98	42.06	41.98	42.06
Buenos-Aires 1 Peso . . .	1.048	1.052	1.028	1.032
Kanada	3.676	3.684	3.716	3.724
Japan 1 Yen	1.309	1.311	1.339	1.341
Kairo 1 ägypt. Pfd. . . .	15.05	15.09	15.02	15.06
Konstantinopel 1 trk. Pf. . .	14.67	14.71	14.64	14.68
London 1 Pfd. St.	4.209	4.217	4.209	4.217
Newyork 1 Dollar	0.250	0.252	0.250	0.252
Rio de Janeiro 1 Mhr.	1.728	1.732	1.728	1.732
Uruguay	169.83	170.17	169.93	170.27
Amsterdam 100 Guld.	5.493	5.505	5.493	5.505
Athen 100 Drachmen	58.59	58.71	58.64	58.76
Brüssel 100 Belga-500F.	56.94	57.06	56.94	57.06
Budapest 100 Pengö	82.02	82.18	82.02	82.18
Danzig 100 Gulden	6. 83	6.897	6.653	6.667
Helsingfors 100 fm. M.	21.88	21.92	21.88	21.92
Italien 100 Lire	7.463	7.477	7.463	7.477
Jugoslawien 100 Din.	80.82	80.98	80.72	80.88
Kopenhagen 100 Kron.	13.54	13.56	13.29	13.31
Lissabon 100 Escudo	79.47	79.63	79.27	79.43
Oslo 100 Kron.	16.56	16.60	16.57	16.61
Paris 100 Fr.	12.465	12.485	12.465	12.485
Prag 100 Kr.	66.13	66.27	65.93	66.07
Reykjavik 100 isl. Kron.	81.42	81.58	81.98	82.14
Schwiz 100 Fr.	3.057	3.073	3.056	3.063
Sofia 100 Lewa	32.67	32.73	32.67	32.73
Spanien 100 Peseten	80.92	81.08	80.92	81.08
Stockholm 100 Kron.	10.89	11.11	11.09	11.21
Tallinn 100 estn. Kron.	49.95	50.05	49.95	50.05
Wien 100 Schill.	80. 8	80.88	80.82	80.98
Riga	2.520	2.526	2.520	2.526

Königsberger Produktenbericht

* Königsberg, 27. Februar.

Die heutigen Zufuhren betragen 40 inländische Waggon, darunter 12 Weizen, 9 Roggen, 7 Gerste, 9 Hafer, 1 Wicken, 1 Gemenge, 1 Tyhmotse, und 5 ausländische Waggon, darunter 1 Erbsen, 1 Wicken, 2 Linsen und 1 Kleesamen. Amtlich wurden notiert: Weizen Durchschnitt 745 Gramm 25,40, Roggen Durch-

Preisnotierungen für Eier

Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission Am 29. Februar 1931

A. Deutsche Eier	Sonderklasse über 65 g	Klasse A		
		60 g	58 g	55 g
1. Trinkeser (vollfr. gestempelt) . . .	8 1/4	7 1/2	7	6 1/2
2. Frische Eier . . .	—	—	—	5 1/2
3. Eier 2. Sorte . . .	—	—	—	—
4. Aussortierte klu. Schmutzeier . . .	5—5 1/2	—	—	—

B. Auslands Eier	18er	17er	15 1/2—16er		Leichter
			57—58g	Leichter	
1. Dänen	8	7	6 1/4	—	—
2. Schweden	—	—	—	—	—
3. Estländer	—	—	—	—	—

C. In- u. ausl. Kühlhäuser	Durchschnittsgewicht 68 g	D. Kalkeler	
		57—58g	Leichter
2. Holländer	8—8 1/4	7—7 1/2	—
3. Belgier	—	—	—
4. Italiener etc.	—	—	—

5. Russen	6. Polen	a) grobe		b) normale	
		—	—	—	—
7. Abweichende . . .	—	—	—	—	—
8. Kleins. Mittel. Schmutzeier . . .	5 1/2	—	—	—	—

Witterung: schön. Tendenz: fester. Die Preise verstehen sich in Reichspennig ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.

Wetterwarte

Wettervorhersage für Dienstag, 1. März. Mässige nordwestliche Winde, stellenweise Frühnebel, starker Bewölk. Im Küstengebiet etwas Schnee, Frostmilderung.

Temperaturen in Memel am 29. Februar 6 Uhr: — 14,0, 8 Uhr: — 13,5, 10 Uhr: — 8,2

Memeler Schiffsnachrichten

Eingekommen				
Nr.	Schiff und Kapitän	Von	Mit	Adressort an
98	Fredborg SD. (Vikström)	Kolomborg	leer	Ed. Krause
99	Butt SD. (Schmidt)	Antwerpen	Stückgut	R. Meyhoefer
100	Baltalin SD. (Bulmer)	London	leer	U. B. C.

Ausgegangen				
Nr.	Schiff und Kapitän	Nach	Mit	Makler
99	Vistula MS. (Pape)	Danzig	Post und Passagiere	Ed. Krause
90	Stella SD. (Olsson)	Liverpool	Holz	Ed. Krause
91	Gotland SD. (Sawowsky)	Rotterdam	Abbrände	A. H. Schwadensky Nachf.

Pegelstand: 0,56. — Wind: Süd 2. — Strom: ans. — Zulässiger Tiefgang 7,0 Meter.

Rotationsdruck und Verlag von F. W. Siebert, Memeler Dampfboot Aktiengesellschaft. Hauptchriftleiter und verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil Martin Kalkes, für den Anzeigen- und Reklamenteil Arthur Hippo, beide in Memel.

